

KONGRESSDIENST

Hamburg
3. JAHRGANG

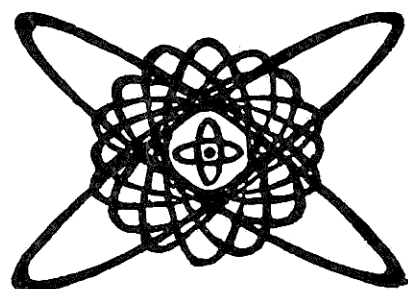
Herausgegeben vom Präsidium des STÄNDIGEN KONGRESSES
aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.

September 1960
NUMMER 5



KAMPAGNEN MOD ATOMVÅBEN

Støt marchen
HOLBÆK
KØBENHAVN
d. 21-22-23 oktober



Quo vadis, Germania?

Lieber Kongressleser - Leser !

Quo vadis, Germania? — Wohin gehst du, Deutschland? — das Zitat ist nicht neu. Und genau so wenig neu ist auch die Sorge, die dahintersteht: die Sorge, daß sich Deutschland wieder einmal offenen Auges in einen Abgrund hineinführen lassen könnte, wie er sich schon zweimal aufgetan hat. Man wagt es beinahe nicht, zu glauben, daß es im Jahre 1960 — nicht mehr als 15 Jahre nach dem Ende des letzten Krieges, der mit einer noch nie erlebten Total-Katastrophe endete — schon wieder möglich ist, daß die militärischen Führungsgremien auch nach der politischen Macht greifen und sich mit diesen Gelüsten unverhüllt in die Öffentlichkeit trauen. Selbst die gewiß nicht regierungsunfreundliche Hamburger WELT sprach von dem Entsetzen und dem Schock, den die Veröffentlichung der „Denkschrift“ des Bundeswehr-Führungsstabes im westlichen Ausland erregt hat. Die Forderungen der Militärs an die politische Gewalt gipfeln in dem Satz, daß die Bundeswehr mit allen Waffen ausgerüstet werden müsse, die der „potentielle Gegner“ auch besäße — das heißt also, eigene Atomwaffen, eigene Atomsprengköpfe für die schon vorhandenen Raketen.

Die äußeren Umstände der Veröffentlichung legen die Vermutung nahe, daß es sich hier um eine „Show“ handelte, die bis ins kleinste vorher geplant war. Der Verteidigungsminister hat zwar die Abfassung der Denkschrift in Auftrag gegeben, aber verantwortlich unterschrieb für den Führungsstab Admiral Ruge, das Gespräch Adenauer—Strauß unmittelbar nach dem offiziellen Dementi, der Verteidigungsminister werde nicht nach Bonn kommen, das siegesbewußte Gesicht des gerade von der angeblichen „Kopfwäsche“ durch den Kanzler Zurückgekehrten — das alles sieht doch sehr danach aus, als ob hier eine Menge zusätzlicher Theaterdonner inszeniert worden sei, um gerade im Ausland nicht allzu deutlich werden lassen, daß die Bundesregierung ganz weitgehend bereit ist, ihre politischen Erwägungen den militärischen Forderungen der Bundeswehr unterzuordnen.

Der STÄNDIGE KONGRESS hat immer warnend darauf hingewiesen, daß unsere Atomrüstungs- und Militärpolitik die Bundesrepublik im Kreise der west-

lichen Nationen hoffnungslos isolieren würde. Genau das geschieht jetzt — gerade unsere NATO-Verbündeten sehen immer stärker, daß Westdeutschland auf dem besten Wege ist, den Fesseln der NATO zu entfliehen und seine wirtschaftliche Vorrangstellung in Westeuropa auch militärisch zu untermauern. Eigene Atomwaffen für die Bundeswehr — für die Wehrmacht des einzigen europäischen Staates, der erhebliche Territorialforderungen erhebt? Für die Wehrmacht, in deren Führungspositionen ein großer Teil jener Generale sitzt, die schon einmal die „morschen Knochen“ der Welt „zittern“ ließen? Das fängt an, selbst den Amerikanern unheimlich zu werden.

Die Denkschrift der Bundeswehrgenerale hat gezeigt, daß diese Bestrebungen dadurch nicht weniger gefährlich werden, daß sie von der allgemeinen Tendenz der Weltpolitik bereits überholt sind. Die UNO-Vollversammlung wird die Abrüstung diskutieren, Chruschtschow hat angekündigt, daß er anwesend sein werde, auch mit Eisenhower's Teilnahme wäre dann zu rechnen. Trotz des Debakels von Paris wird die Welt notwendigerweise den Weg zum Frieden und zur Koexistenz weitergehen müssen, weil die Forderung der Völker nach Frieden immer unüberhörbarer geworden ist und ein Weltkrieg keiner Seite mehr den Sieg, sondern nur noch den gemeinsamen Untergang bringen kann.

In dieser Situation wird das Bestreben der Kreise, die statt Abrüstung eigene Atomwaffen fordern, besonders gefährlich. Die Generale sprechen in der Denkschrift davon, daß Deutschland in einem künftigen Krieg natürlich Kriegsschauplatz wäre. Gerade weil das so wahr ist und gerade weil damit das Schreckgespenst der vollständigen Vernichtung unseres Vaterlandes an die Wand gemalt wird, fordern wir, daß in Mitteleuropa mit der Entspannung zwischen den beiden Machtblöcken angefangen werden muß. Das Argument derjenigen, die jetzt die eigenen Atomwaffen fordern, läuft darauf hinaus, daß nur eine bis an die Zähne bewaffnete Bundesrepublik der Sowjetunion gegenüber geschützt sei. Allerdings bleibt dabei die Frage offen, warum Nikita Chruschtschow dann nicht jetzt schnell noch die militärische Überlegen-

heit der Roten Armee ausnutzt — wenn er wirklich so angriffslustig ist, dann bleibt doch unverständlich, warum er zusieht, wie die Bundeswehr immer stärker wird und seine militärischen Chancen immer mehr schwinden. Oder sollte doch gar nicht das Verteidigungsbedürfnis hinter der Forderung nach eigenen Atomwaffen stehen, sondern der Wille, militärisch so stark wie möglich zu werden, um eines Tages die proklamierte „Befreiung“ Osteuropas im Blitzkrieg durchsetzen zu können? Daß eine solche Hoffnung völlig unrealistisch wäre, vermindert nicht ihre Gefährlichkeit.

Ihren besonderen Akzent bekommt die Denkschrift dadurch, daß sie eigentlich nur noch das theoretisch ausdrückt, was praktisch bereits auf uns zukommt. Alle Dementis haben es ja nicht verheimlichen können, daß wir demnächst Polaris-Raketen auf dem Gebiet der Bundesrepublik stehen haben. Niemand wagt die Behauptung, daß es sich dabei um Defensivwaffen handelt — sie sollen nicht den „Schild“, sondern die „Speerspitze“ darstellen, weil die Vereinigten Staaten immer noch keine einsatzbereiten Langstreckenraketen haben.

Zu dieser Politik „am Rande des Abgrundes“ gibt es nur eine einzige Alternative, und die heißt: KOEXISTENZ. Natürlich kann man nicht mit einer freundlichen Handbewegung alle die Gegensätze aus der Welt schaffen, die unseren Planeten in zwei sich gegenüberstehende Lager spalten. Aber Koexistenz heißt, daß diese Gegensätze nicht mehr mit kriegerischen Mitteln ausgetragen werden. Gerade jetzt, gerade nach der Veröffentlichung der Bundeswehr-Denkschrift müssen wir Deutsche beweisen, daß unser Volk mit allen anderen Völkern in Frieden und Freundschaft leben will.

Die Antwort auf das „Quo vadis, Germania?“ hängt davon ab, ob wir alle uns genug einsetzen, um der Forderung der Generale ein energisches Nein entgegenzustellen!

Ihr

Peter Meier

Die VI. Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben

Vom 2. bis 9. August 1960 fand in Tokio die sechste Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben statt. Aus finanziellen Gründen konnte der STÄNDIGE KONGRESS in diesem Jahr keinen eigenen Beauftragten nach Japan senden; wir haben stattdessen Herrn Kurt Bewersdorff, Duisburg, der auf der Konferenz die „Aktionsgemeinschaft“ vertrat, gebeten, auch die Interessen des STÄNDIGEN KONGRESSES wahrzunehmen. Da Herr Bewersdorff noch nicht aus Asien zurückgekehrt ist, können wir seinen Bericht erst in der nächsten Nummer des KONGRESSDIENSTES abdrucken, bringen aber heute bereits die offiziellen Konferenzdokumente.

Der Appell von Tokio

Anlässlich des 15. Jahrestages des Atombombenabwurfes auf Hiroshima und Nagasaki wurde mit 1000 Delegierten aus den Dörfern und Städten Japans und von allen Kontinenten der Erde die Sechste Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben und für vollständige Abrüstung abgehalten.

Die ausländischen Delegierten unterstützten aus ganzem Herzen die japanische Bewegung gegen Atomrüstung und den Kampf der Japaner gegen die Revision des japanisch-amerikanischen Sicherheitspaktes und erkannten an, daß diese Kämpfe ein beachtlicher Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens sind.

Auf dieser Konferenz wurden die Erfahrungen der Friedenskräfte Japans und der ganzen Welt ausgetauscht und die Feststellung bekräftigt, daß der Kampf aller Völker für den Frieden nur ein Kampf ist, gerichtet auf ein und dasselbe Ziel.

Es wurde deutlich, daß diese Konferenz nicht nur eine „Heerschau“ war, sondern daß ihre besondere Aufgabe darin lag, alle die verschiedenen Friedenskräfte auf einer möglichst breiten Basis zu gemeinsamem Handeln zusammenzuführen.

Um die friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu verwirklichen und um sich der Aggression und dem Krieg zu widersetzen, fordern die Völker der Welt in steigendem Maße das Verbot der A- und H-Waffen, die totale Abrüstung, die Auflösung der militärischen Bündnissysteme und die Beseitigung fremder Militärbasen.

Diese Forderung der Völker muß und kann gewiß erreicht werden durch den entschlossenen Kampf gegen die imperialistischen und kolonialistischen Kräfte, die durch die USA angeführt werden und die alle diese Forderungen zurückweisen.

Dieser Kampf gegen die Kräfte des Krieges wird in der ganzen Welt geführt.

Wir leben in einer beispiellosen Epoche der menschlichen Geschichte, in der Epoche der Befreiung unterdrückter Rassen und Völker. Für dieses große Ziel schreiten die Friedensbewegungen für die Unabhängigkeit der Völker in fester Verbundenheit vorwärts. Das japanische Volk, das durch seine Bewegung gegen die A- und H-Waffen zum Weltfrieden beigetragen hat, erzielte große Erfolge in seinem Kampf gegen den neuen amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrag. Dies war ein schwerer Schlag für die Pläne der Kriegskräfte Japans und der USA in

ihrem Versuch, das militärische Bündnissystem im Fernen Ost auszudehnen. Das japanische Volk wird nicht aufhören, diesen Kampf weiterzuführen, und es wird erfolgreich sein in der Schaffung eines friedlichen und neutralen Japans, das frei ist von militärischen Stützpunkten.

Diese Bewegung des japanischen Volkes ist einerseits verbunden mit der weltweiten Kampagne gegen die A- und H-Waffen und für völlige Abrüstung, andererseits mit den Bewegungen für nationale Unabhängigkeit in Asien, Afrika und Lateinamerika. Diese enge Verbundenheit zwischen der Bewegung des japanischen Volkes und der Bewegungen anderer Nationen ist von großer Bedeutung.

Der Fortschritt im Kampf des japanischen Volkes ist ein Schritt vorwärts zum Sieg aller friedliebenden Völker in der Welt. Die Friedenskräfte der anderen Nationen wurden ermutigt und angefeuert durch den bedeutsamen Kampf des japanischen Volkes.

Durch die Entwicklung der Friedenskräfte in die Enge getrieben und isoliert, unternehmen die Kriegskräfte den verzweifelten Versuch, ihre Überlegenheit zurückzugewinnen. Immer noch droht darum die Gefahr eines neuen Krieges.

Die Friedenskräfte in aller Welt müssen jetzt ihre Kräfte vereinen und ihren Kampf verstärken, damit die Kriegskräfte die Feinde des Friedens überwinden werden.

Um diesen Kampf wirksam voranzutreiben, ist es notwendig, die Feinde des Friedens klar zu erkennen. Alle die Kräfte, die eine imperialistische und kolonialistische Politik, eine Politik aggressiver Militärbündnisse und militärischer Stützpunkte verfolgen, sind Feinde des Friedens.

Laßt uns unseren kraftvollen und gemeinsamen Kampf gegen die Feinde des Friedens durch die Festigung der Einheit der Friedenskräfte der ganzen Welt fördern. Laßt uns voranschreiten auf dem Weg zur totalen Abrüstung und zur friedlichen Koexistenz, laßt uns die Drohung des Atomkrieges beseitigen. Die Kraft der Völker in aller Welt läßt uns diese Ziele mit Gewißheit erreichen.

Von Tokio, der Hauptstadt Japans, dessen Volk gegenwärtig einen historischen Kampf gegen die Kriegskräfte führt, appellieren wir an alle Völker der Welt.

Tokio, 9. August 1960.

VI. Weltkonferenz gegen A- u. H-Waffen für totale Abrüstung

Wichtige Hinweise

Unser bisheriger Sekretär, der Schriftsteller Karl Ludwig Opitz, hat aus privaten und beruflichen Gründen dieses Amt niederlegen müssen. Bis zur Neuwahl eines Sekretärs hat das Büro Herrn cand. theol. Peter Meier mit der Führung der Geschäfte beauftragt. Die Mitglieder des Büros sprechen auch an dieser Stelle Karl Ludwig Opitz ihren aufrichtigen Dank für alle seine Arbeit aus, die er dem gemeinsamen Ziel gewidmet hat.

Durch den Rücktritt des bisherigen Sekretärs wurde es nötig, für den STÄNDIGEN KONGRESS ein neues Konto einzurichten. Wir bitten, alle Einzahlungen künftighin auf das Konto Nr. 273060 beim Postscheckamt Hamburg (Hans Schiefbahn, Ständiger Kongreß) vorzunehmen. Das alte Konto ist gelöscht.

Im November dieses Jahres wird der STÄNDIGE KONGRESS voraussichtlich seine nächste Präsidiumstagung durchführen. Wir bitten schon jetzt um Anregungen und Vorschläge.

Auf der letzten Sitzung beschloß das Büro des Präsidiums, folgende Herren um ihre Mitarbeit zu bitten: Werner May, Pfarrer emer., Hamburg, Joachim Hindemith, Gerichtsreferendar, Münster (Westf.). Die Zustimmung des Präsidiums wird auf der im November vorgesehenen Tagung eingeholt werden.

Unser Präsidiumsmitglied, der bekannte Bremer Bildhauer Prof. Ernst Gorsemann, ist von uns gegangen. Wir trauern mit seinen Angehörigen um einen aufrechten Gegner der Atomrüstungspolitik. Ehre seinem Andenken!

Das Büro des STÄNDIGEN KONGRESSES
Redaktion KONGRESSDIENST

In der letzten Nummer des KONGRESSDIENSTES kündigten wir die Neuherstellung des farbigen Blattes an, das das Abzeichen des „Japanischen Rates gegen A- und H-Bomben“ ist und auch von deutschen Atomwaffengegnern getragen wird. Nachdem bereits eine erfreuliche Anzahl von Bestellungen eingegangen ist, können wir die Abzeichen jetzt ausliefern; der Preis beträgt 0,50 DM pro Stück (bei Mengenbezug Rabatte). Wenn Sie Ihre Bestellung noch nicht an die Geschäftsstelle des STÄNDIGEN KONGRESSES nach Hamburg 19, Eichenstraße 46 ptr. 1., Tel.: 49 22 26, geschickt haben, dann holen Sie dies bitte möglichst umgehend nach.

Die Redaktion des KONGRESSDIENSTES hatte gehofft, in diesem Jahr erstmals eine monatliche Erscheinungsweise durchhalten zu können. Aus einer ganzen Reihe von Gründen technischer, sachlicher und personeller Art hat sich diese Hoffnung jedoch nicht erfüllt. Wir werden jedoch weiterhin bemüht sein, den KONGRESSDIENST so oft wie möglich erscheinen zu lassen.



Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben 1959:
Oberbürgermeister Dietrich Keuning, Dortmund, tauscht Gastgeschenke mit dem
Oberbürgermeister der Stadt Nagasaki (im Hintergrund unser Büromitglied,
cand. theol. Peter Meier)

Grußadresse des „STÄNDIGEN KONGRESSES“ an die Konferenz

An das Präsidium
der 6. Weltkonferenz
gegen A- und H-Bomben
Tokio

Verehrte, liebe Freunde,
es ist uns eine große Freude, Ihnen warme Grüße deutscher Männer und Frauen zu senden, die zu der Bewegung gegen Atomrüstung gehören. Der STÄNDIGE KONGRESS ALLER GEGNER DER ATOMAREN AUFRÜSTUNG IN DER BUNDESREPUBLIC unterstützt Ihre Konferenz von ganzem Herzen, wenn er auch aus finanziellen Gründen keine eigene Delegation nach Japan entsenden kann. Wir hoffen sehr, daß diese Konferenz ein weiterer Meilenstein sein wird auf dem Wege in eine glückliche und friedliche Zukunft, auf dem Wege zu einer Welt ohne Krieg. Es ist jetzt nur noch wichtiger geworden als im Jahre 1959, dem weltweiten Ruf nach Frieden durch eine starke Demonstration, wie sie diese Konferenz sein wird, Ausdruck zu geben.

Lassen Sie uns alle mithelfen, daß die Kräfte des Friedens stärker werden als die Kräfte des Krieges. Hiroshima war eine Katastrophe, die entsetzlich genug war — es darf nie wieder ein neues Hiroshima geben!

Das Büro des STÄNDIGEN KONGRESSES
gez. Peter Meier

„Erfahrungsaustausch“

Unter dieser Überschrift lasen wir in der „Deutschen Volkszeitung“, Düsseldorf, Nr. 28/1960, folgende Zeilen:

Am 29. August 1959 konnte unser in Japan weilender Sonderkorrespondent (DVZ Nr. 35) vom „V. Weltkongreß gegen A- und H-Bomben“ berichten:

„Am Abend des 5. August wurde die Hauptkonferenz durch eine öffentliche Versammlung im ‚Peace Memorial Park‘ eröffnet, zu der etwa 35 000 Japaner gekommen waren. Den größten Eindruck auf die Anwesenden machte die Ansprache des Dortmunder Oberbürgermeisters, Dietrich Keuning, der als offizieller Gast des Bürgermeisters von Hiroshima an der Konferenz teilnahm. Er berichtete von der Aktivität der Dortmunder gegen die Errichtung von Raketen-Abschußbasen in ihrem Stadtgebiet, von der Arbeitsniederlegung und Verkehrsruhe, und rief den Japanern zu, es genau so zu machen — die Stimme des Volkes den Regierenden in unüberhörbarer Weise zu Gehör zu bringen.“

Wir glauben nicht, daß es nur die Empfehlungen des Dortmunder Oberbürgermeisters waren, die in den letzten Monaten dazu geführt haben, daß den Regierenden tatsächlich „die Stimme des Volkes in unüberhörbarer Weise zu Gehör gebracht“ wurde. Wie dem aber auch sei. Oberbürgermeister Keuning forderte die Japaner auf, aus der Aktivität der Dortmunder zu lernen und regte damit zum Erfahrungsaustausch an.

Sollten jetzt nicht der Dortmunder Oberbürgermeister Dietrich Keuning und seine Parteifreunde von der SPD bereit sein, auch von den Japanern zu lernen?

Selbst wenn man diese Frage an den OB der Stadt Dortmund für etwas scharf formuliert hält — sollte man sich nicht zumindest über das angeschnittene Problem einmal unterhalten?

Ist sich denn niemand von den Bonner Wahlstrategen bewußt, daß die Bundesrepublik in eine schleichende, dafür aber desto hoffnungslosere Isolierung treibt? Ist man sich klar, daß die Bundeswehr, Wachs in den Fäusten eines Um-jeden-Preis-Menschen, in Tonart und Forderungen auf eine Kraftprobe mit den Sowjets zusteuert? Hat man eine ungefähre Vorstellung, wie weit die USA uns bei dieser Kraftprobe begleiten werden?

(Jens Daniel im SPIEGEL Nr. 37 — 7. 9. 1960)

Begrüßungsrede auf der VI. Weltkonferenz

Kurt Bewersdorf, Duisburg

Im Namen des Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik Deutschland und der Aktionsgemeinschaft überbringe ich Ihnen herzlichste Grüße und die besten Wünsche für einen erfolgreichen Verlauf des Weltkongresses. Ich spreche zu Ihnen zugleich im Namen der Vertreterin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit in Hamburg, Frau Colberg, und des Vertreters des Friedenskomitees der Bundesrepublik, Herrn Diehl.

Ein Ruf ging von Hiroshima und Nagasaki aus, von ganz Japan und insbesondere von den Weltkongressen, ein Ruf zur Besinnung, zur Vernunft und Menschlichkeit, aber auch ein Ruf zum Handeln. Auch wir in der Deutschen Bundesrepublik hören diesen Ruf, der uns Verpflichtung und Ermutigung bedeutet. Der bewundernswerte Kampf des japanischen Volkes gegen den Sicherheitspakt, für den wir Ihnen von ganzem Herzen danken, ist gerade für uns Deutsche beispielhaft. Er zeigt, wie kraftvoll und entscheidend die Gemeinsamkeit in der Aktion zu wirken vermag. Ich muß bekennen, daß wir mit Erstaunen und Hochachtung auf den Ausbruch des Freiheits- und Friedenswillens Ihrer stolzen Nation blicken.

Die Welt starrt von Waffen, die Völker bekommen von Jahr zu Jahr immer drückender die Lasten der Militärausgaben zu spüren. Bereits in den schein-

bar „friedlichen“ Zeiten des „Kalten Krieges“ werden jährlich 100 Milliarden Dollar überall für die Rüstung ausgegeben, 25mal mehr als in der Zeit vor dem 2. Weltkrieg. Über 100 Millionen Menschen, die intelligent und fähig sind, sich für eine nutzbringende Arbeit produktiv einzusetzen, arbeiten ausschließlich für die Rüstung. Das heißt, für zukünftige Zerstörung und Vernichtung. Und das geschieht angesichts der Not und des Elends in den Entwicklungsländern Asiens, Afrikas und Südamerikas! 20 Millionen Menschen stehen dauernd unter Waffen, während Atombomber am Himmel Tag und Nacht ihre Bahn ziehen und Raketen mit Atomsprengköpfen abschußbereit auf ihren Startplätzen stehen — auch in meinem Lande. Eine makabre Situation, die jedem, der noch einen Funken Verstand in sich hat, klar macht, daß es höchste Zeit ist, endlich wirksame Maßnahmen gegen diese noch nie dagewesene allgemeine Gefahr zu ergreifen. Man darf nicht darauf warten, daß ein Wunder geschieht, welches diese Ungeheuerlichkeit aus der Welt schaffen wird. Dieses Wunder wird uns nicht geschenkt. Es liegt in unseren eigenen Händen. Nur durch mutige Aktionen und weitreichende Entschlüsse können wir dieses Wunder erzwingen. Von dieser Weltkonferenz erwarten auch wir weittragende Entscheidungen, die der allgemeinen Abrüstung und dem Kampf gegen die Militärpakte und Militärstützpunkte dienen werden.

von der Red. gekürzt

versucht. Man treibt mit Weltpolitik Wahlpolitik, indem man die Weltpolitik verfälscht und so tut, als sei mit dem Scheitern der Pariser Konferenz ein für allemal entschieden, daß sich Amerika und mit Amerika der Westen und mit dem Westen die Bundesrepublik nicht mit Rußland zu vergleichen und zu verständigen brauchten. Statt zu erkennen, daß mit dem in Paris vielleicht von beiden Seiten gewollten Aufschub von Verhandlungen nur noch eine kurze letzte Frist gewonnen wurde, die man bei uns dazu benützen sollte, Bonner Illusionen abzubauen; statt den Pariser Schritt in die Zone schrecklichster Ernsthaftigkeit mitzuvollziehen, unterdrückt man hier nur mühsam den Jubel über die gewonnene armselige Gnadenfrist — in der mit größter Wahrscheinlichkeit die nächsten Bundestagswahlen liegen werden. Ist es nicht, als riefen man in Bonn: „Hurra, der Kalte Krieg hat wieder begonnen!“? Diese Frivolität allein darauf zurückzuführen, daß die Staatspartei dem Wahlausgang wieder fröhlicher entgegensehen kann als bisher, hieße wohl, die Dinge zu oberflächlich sehen. Das versteckte Frohlocken ist wohl auch Ausdruck der Freude eines an sich bankrotten Kaufmanns, der noch einmal das ärgste Loch mit geliehenem Geld zustopfen und damit den Offenbarungseid hinausschieben konnte. Den Offenbarungseid von Illusionspolitikern.

Die Politik des Bundeskanzlers, darauf eingeschworen, daß eine Verständigung über die Teilung der Welt zwischen Amerika und Rußland in unserer Zeit unmöglich sei und nur die ständige Drohung, notfalls den Krieg zu entfesseln, das Vordringen des Kommunismus verhüten könne, ist ohne Alternative; daher verdient sie den Namen Politik nicht. Sie wird, obwohl unter dem Schlagwort „Keine Experimente“ geführt, uns einmal als abenteuerliches Vabanque-Spiel erscheinen. Um es noch verlängern zu können, wird behauptet, die Grundvoraussetzung sei nach wie vor gegeben. Diese Behauptung, ihre ständige Wiederholung, manipuliert die Öffentliche Meinung in der gleichen Weise, wie es die Propaganda Hitlers mit der „Wunderwaffe“ während des letzten Jahres seiner Herrschaft getan hat. Hier wie dort steckt nichts dahinter.

Aber das ist nicht die einzige Ähnlichkeit. Mit Beunruhigung sehe ich, wie rings um unseren Staat jene Mauer wieder emporwächst, welche das Dritte Reich umgab und es seinen Führern erlaubte, ihre Politik bis 1945 fortzusetzen — eine Mauer aus unzureichenden oder durchaus falschen Informationen mit einer propagandistischen Betonung dessen, was als richtig anzusehen sei. Wie das damals gemacht worden ist, weiß man heute. Wie es heute trotz einem in Kraft befindlichen Grundgesetz, das die Meinungsfreiheit garantiert, gemacht wird, und ganz ohne Propagandaministerium, das liegt keineswegs offen zutage. Das Geheimnis aufzuklären, woher die weitgehende Gleichschaltung unserer Publizistik kommt, und wer jene Dosierung der Wahrheit bestimmt, die gerade groß genug ist, um den Anschein der Freiheit zu erwecken, und gerade klein genug, um jene Nicht-Politik nicht zu stö-

Fortsetzung Seite 6

Die Bundesrepublik am Ende des kalten Krieges

Unter dieser Überschrift erschien im Mai 1960 ein privater Sonderdruck, mit dem Erich Kuby einen im Dezember 1959 geschriebenen Aufsatz, den später die „Frankfurter Hefte“ übernahmen, erneut publizierte. Wir halten seinen Inhalt für so bedeutsam, daß wir ihn unseren Lesern im Auszug wiedergeben möchten.

D. Red.

Niemals zuvor wurde uns von den Großen dieser Welt ein so anschauliches Schulbeispiel dafür geliefert, daß sie nur die Wahl zwischen Verständigung oder Vernichtung haben. Obwohl die Pariser Zusammenkunft nicht zu Verhandlungen führte, hat sie ein Ergebnis hervorgebracht, das die nächste Zusammenkunft, die man vermutlich den Außenministern überläßt, bestimmen wird: Amerikaner und Russen sind dem Punkt der Entscheidung über Krieg oder Frieden ein so großes Stück nähergerückt, daß sie unter keinem wie immer gearteten Vorwand den Verhandlungen noch einmal ausweichen können, wenn sie sich aufs neue treffen. Und auch der Zeitpunkt dieses

Treffens liegt nicht in nebelhafter Zukunft; ob wir acht Monate oder ein Jahr darauf warten müssen, ist unerheblich — sicher ist, daß Chruschtschows Ausspruch: „Wir werden nicht immer am Meer sitzen und auf gutes Wetter warten“, von den Amerikanern nach der Pariser Erfahrung nicht in den Wind geschlagen werden kann. Alles, was seit Paris aus Amerika zu uns dringt, beweist die Richtigkeit dieser Deutung der Situation: man macht sich dort nicht stark für den Kalten Krieg, sondern für die nächsten Verhandlungen. Bei uns zulande wird hingegen eine groteske Aufwertung des Kalten Krieges in der Stimmung der Bevölkerung

Fortsetzung von Seite 5

ren — das wäre weitaus notwendiger als die meisten Untersuchungen, die über den Macht-Mechanismus des Kommunismus angestellt werden. Ihn kennen wir, mindestens als Zerrbild; aber die der Verführung wie der Lüge gleichermaßen sich bedienende sanfte Gewalt, der wir bereits unterworfen sind, bemerken die meisten von uns nicht einmal.

Es ist nichts Neues in diesem Jahr passiert — daß die Behauptung bei uns verbreitet werden kann und Glauben findet, muß um so mehr in Verwunderung setzen, als der große Umschwung vom Kalten Krieg zum Weltgeschäft zum ersten Male bei uns, in Berlin, evident geworden ist. Dort setzten die Russen den Hebel an, um herauszubringen, wie ernst sie den Kalten Krieg noch zu nehmen hätten. Wir müßten eigentlich wissen, was passiert ist.

Amerika verhandelt mit Rußland über die Ordnung in Mitteleuropa. Nicht in der Hauptsache, aber doch auch darüber. Damit wird der politische US-Zement brüchig, der die westeuropäischen Staaten zusammengehalten hat. De

Gaulles Politik wird von Bonn unbegreiflicher Weise durch dick und dünn noch gestützt. Was denken sich die NATO-Propheten eigentlich bei dieser Freundschaft? Was denken sich die „unteilbaren Deutschen“ eigentlich, wenn sie einen Mann zu ihrem nächsten Freund ernennen, der mit größerer Entschiedenheit als irgendein anderes NATO-Mitglied ausgesprochen hat, daß die Oder-Neiße-Linie eine endgültige Grenze sei? Und sieht man in Bonn nicht, daß de Gaulles Abenteuer im Faschismus oder in der Volksfront enden kann, und zwar früher, als es das „freie“ Europa (außerhalb Frankreichs) heute für möglich hält?

Man sieht nichts dergleichen, man will es nicht sehen, der Hintergrund wird nicht untersucht, man ist in Bonn froh, daß de Gaulle wenigstens für den Augenblick nach außen den Illusionsakt: Es ist gar nichts passiert! mitzuspielen scheint.

In dieser Lage besannen sich die Amerikaner darauf, daß ihre sichersten und vernünftigsten Freunde in Europa doch die Engländer sind. Der beinahe dahingeschwundene Einfluß Londons auf

die amerikanische Außenpolitik bekommt gewaltigen Auftrieb — war London doch bereits für Verhandeln, bevor die Sputnik aufstiegen sind, so daß gerade ihm zu gelten ist, seine Verhandlungsbereitschaft sei mehr als nur eine taktische Folge von kurzer Dauer.

Noch einmal muß gesagt werden: Amerika hat die ganze Last seiner Einsicht zu tragen, daß es den heißen Krieg nicht mehr führen kann. Verhandeln heißt nämlich nicht flüchtige Forderungen doch durchsetzen. Verhandeln heißt: die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und des kommunistischen Sieges in Rußland, in China anerkennen und dennoch starkbleiben. Den Status quo in der Welt aufrechtzuerhalten, wird Amerika auf lange Zeit hinaus stark genug sein. Über den Status quo hinaus, den es jetzt zu stabilisieren gilt, Rußland etwas abzuhandeln, ist Amerika nicht mehr stark genug, andersherum: ist Rußland bereits zu stark.

Also deckt die amerikanische Politik gegenüber Rußland nicht mehr die (west-) deutschen Interessen.

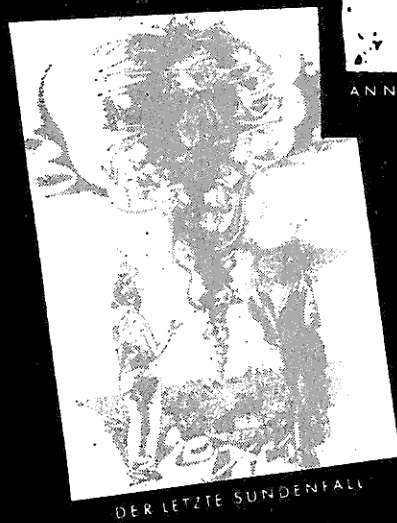
Meine These, daß die Westdeutschen noch einmal in der Lage sein könnten, eine Weltkatastrophe auszulösen, erscheint selbst jenen absurd, die den hier entwickelten Gedanken wenigstens folgen wollen (ob sie sie für richtig halten, stehe dahin). Wir seien doch zu schwach, heißt es. Nun, schauen wir uns Herrn de Gaulle an. Seine militärischen und wirtschaftlichen Mittel sind auf keinen Fall größer, vielleicht sogar erheblich kleiner als die, auf welche die Staatspartei heute, morgen und übermorgen zurückgreifen kann. Dieser de Gaulle hat es zu einer Zeit, als die US-Kontrollbündnisse noch voll in Kraft waren, fertiggebracht, die europäische Konstruktion vollends ins Wanken zu bringen, und niemand wird ihn daran hindern können, sich mit den Russen einzulassen einzig zu dem Zweck, seinen imperialen Träumen eine Spur von Realität zu geben. Sicher, die Rechnung wird nicht aufgehen, Afrika wird verlorengehen; aber es wird an den Kommunismus verlorengehen, und Frankreich wird, vielleicht nach einem kurzen faschistischen Zwischenspiel, eine Volksdemokratie werden. Lauter negative Konsequenzen (im Sinne Amerikas)! Sagt man: Naja, dazu reicht es vielleicht...? Eben, dazu reicht solche „Macht“ allemal!

Auch ich sehe nur negative Konsequenzen voraus, was die Politik anbetrifft, die jetzt bei uns eingeschlagen wird. Und ich spreche nicht von heute und morgen. Ich spreche von der Zeit, in der sich das amerikanisch-russische Weltgeschäft eingespielt hat und die Großmächte nicht mehr so wachsam sein werden wie heute; von der Zeit, in der wir selber Atombomben herstellen und die antikommunistische Propaganda einem Siedepunkt zustrebt. Es gibt eine nationalistische Alternative zu diesem nationalistischen Weg: es gibt die Schwenkung der Bundesrepublik zu Rußland hin; es gehört wenig Phantasie und ein bißchen Kenntnis der deutschen Geschichte dazu, sich die von Strauß aufgebaute Armee im Warschauer Pakt vorzustellen. Auch das, meine ich, würde nicht dem Frieden dienen.

KÜNSTLER DIE NICHT SCHWEIGEN

AUSSTELLUNG
21.5. - 26.6.1960

BLN.-CHARLOTTENBURG
BISMARCKSTRASSE 111
(NEBEN SCHILLER-THEATER)



ENGAGÉ

GEÖFFNET TAGLICH (AUSSER MONTAG)
VON 10 - 20 UHR EINTRITT FREI

Plakat einer Ausstellung „Künstler, die nicht schweigen“, die in West-Berlin vom Arbeitsschauß GEGEN DEN ATOMTOD zusammen mit dem westdeutschen Komitee KUNSTLER GEGEN ATOMKRIEG durchgeführt wurde und viel Beachtung fand

Landschaftsschutzgebiet oder Sperrgebiet?

Raketenbasen im Erholungsgebiet an der Lingese-Talsperre

Im Oberbergischen Kreis, einem der schönsten Erholungsgebiete am Rande des Ruhrreviers, liegt die Lingese-Talsperre. Alljährlich suchen hier Zehntausende junger Menschen an den Wochenenden und in den Ferien Erholung und Entspannung. Um so betroffener war man, als sich die Nachricht verbreitete, daß Herr Strauß mitten im Erholungsgebiet der hart arbeitenden Menschen des Ruhrgebietes trotz schärfster Proteste des zuständigen Gemeinderates seine Atomsprengkopfräger stationieren will. Was das bedeutet, braucht man nicht weiter auszumalen! In den Reihen der betroffenen Jugendlichen war man sich auf jeden Fall darüber im klaren.

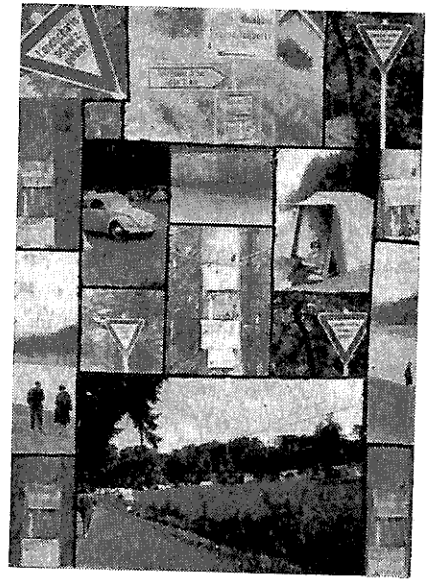
Man muß damit rechnen, daß eine Gegend, in der sich militärische Objekte von solcher Bedeutung befinden zum Sperrgebiet erklärt wird. Aber selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, besteht für die Talsperre und ihre Umgebung außerordentliche Gefahr. Es ist selbstverständlich, daß mit der Errichtung von Abschussbasen auch die Lagerung von Atomraketen verbunden ist. Schon der Gedanke daran, sich in unmittelbarer Nähe dieser mörderischen Waffen zu befinden, würde eine wirkliche Erholung in diesem Gebiet nicht nur beeinträchtigen, sondern nahezu unmöglich machen. Es läßt sich ja nicht verheimlichen, daß die Lagerung von Raketen die Möglichkeit einer Beschädigung der atomaren Sprengköpfe in sich schließt. Eine Verseuchung der ganzen Umgebung wäre die Folge. Es wird jeder verstehen, daß ein einigermaßen vernünftiger Mensch nicht bereit ist, seine Erholungszeit in einer Gegend zu verbringen, in der er ein derartiges Risiko eingeht. An die Möglichkeit, daß ein solcher Sprengkörper auch einmal explodieren und alle umliegenden Dörfer und Städte zerstören könnte, braucht man da noch gar nicht einmal zu denken — obwohl ja auch das nicht ganz ausgeschlossen ist! Durch diese Überlegungen veranlaßt, traten Jugendliche des Ruhrgebietes an den „Aktionsausschuß der Jugend aus den Hütten u. Schächten gegen den Atomtod“ mit der Bitte heran, gegen dieses Vorhaben des Verteidigungsministeriums etwas zu unternehmen. Der Arbeitsausschuß beschloß daraufhin eine großangelegte Protestaktion. Die Mitglieder des Aktionsausschusses sollten aufgerufen werden, sich an drei aufeinanderfolgenden Wochenenden an der Lingese-Talsperre einzufinden. Hier wollte man einerseits bei Camping, Sport, Tanz und Spiel Erholung von der Arbeit finden; andererseits wollte man aber allen, die durch dieses lustige Treiben angelockt wurden, in einem Mahnzelt Gelegenheit geben, ihre Unterschrift unter ein Schreiben zu setzen, das an die Fraktionen im Landtag von Nordrhein-Westfalen gerichtet ist. In diesem Schreiben bitten Aktionsausschuß und Unterzeichner, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Das Gebiet der im Bergischen Land im Kreis Gummersbach gelegenen Lingese-Talsperre wird zum Erho-

lungszentrum der Jugend erklärt und durch Anlage von Erholungsheimen, Campingplätzen und Sportstätten ausgestaltet.

2. Die beabsichtigte Errichtung einer Raketenabschussanlage im Kreis Gummersbach wird abgelehnt und die Landesregierung beauftragt, im Verteidigungsministerium vorstellig zu werden, damit derartige Pläne fallengelassen werden.

Sofort nachdem der Arbeitsausschuß diesen Beschluß gefaßt hatte, wurde der zuständigen Behörde der Antrag auf Genehmigung der Camping-Aktion zugestellt. Der Oberkreisdirektor von Gummersbach teilte jedoch mit, daß er das Vorhaben verbieten müsse. In der Begründung heißt es dazu: „Die Umstände sind schon darin zu sehen, daß Sie die Erholungssuchenden an der Lingese-Talsperre über die angelegte Errichtung einer Raketenstellung öffentlich, d. h. nicht nur einen geschlossenen Kreis, sondern jeden, der Ihnen gerade begegnet, durch Überreichen von Handzetteln und sicher auch durch Worte ansprechen und bewegen wollen, sich Ihrer Meinung durch Eintragung in die Unterschriftenliste, die der Landesregierung und dem Landtag überreicht werden soll, anzuschließen ... Die an der Lingese-Talsperre Erholung und Entspannung suchenden Menschen, die erfahrungsgemäß an den Wochenenden in der Ferienzeit zu Tausenden anzutreffen sind, würden durch die von Ihnen gewählte Form des unmittelbaren Ansprechens in ihrem Erholungsbedürfnis entscheidend beeinträchtigt ... Gerade der ländliche Erholungsaufenthalt ist nach allgemeiner Auffassung von solchen Einwirkungen freizuhalten, die den erstrebten Zweck nach Entspannung und Erholung wesentlich beeinträchtigen. Das aktionsmäßige propagandistische Herantreten von politischen Streitfragen durch unmittelbares Ansprechen der Erholungssuchenden behindert die Ausflügel entscheidend an der Verwirklichung ihrer Aufenthaltsabsich-



ten. Demgemäß würde das mit den Erfordernissen der öffentlichen Ordnung zu vereinbarende Maß an Nachteilen und Belästigungen bei Durchführung der Versammlung unzweifelhaft überschritten.“

Also nicht die Tatsache, daß durch die geplante Stationierung von Atomraketen an der Lingese-Talsperre Tausenden junger Menschen ein Erholungszentrum genommen werden soll, bedeutet nach Ansicht des Herrn Oberkreisdirektors von Gummersbach eine „entscheidende Beeinträchtigung“ der Erholungsmöglichkeit, sondern daß dies durch eine Unterschriftensammlung verhindert werden soll. Mit welchem Zynismus hier die Tatsachen verdreht werden, wird jedem in die Augen springen. Da man auf keinerlei Tatsachen zurückgreifen kann, die ein Verbot wirklich rechtfertigen würden, greift man selbstverständlich auch wieder zu den üblichen Verleumdungen und Diffamierungen mit der Behauptung, daß sich der Aktionsausschuß „solcher Parolen bedient, die gerade von kommunistischer Seite zur Durchsetzung ihrer Absichten benutzt werden“.

Ein zweiter Antrag, in dem auf das Verteilen von Handzetteln und alle anderen beanstandeten Aktionen ausdrücklich verzichtet wurde, wurde

Fortsetzung Seite 8

Aktionsausschuß der Jugend
aus Hütten und Schächten
gegen den Atomtod

Gevelsberg/Westf., August 1960
Schnellmarktstr. 22
Postfach 108 - Telefon 2314

Begründung

Seit langem schon ist die im Bergischen Land, im Kreis Gummersbach gelegene Lingese-Talsperre für ihre gesamte Umgebung von großer Beliebtheit. Alljährlich zehnen in den Sommermonaten auf den dortigen Teilplätzen zehntausende junger Menschen, um Entspannung und Erholung zu finden.

Jetzt aber soll, entsprechend den Plänen des Bundesverteidigungsministeriums, im Rahmen der atomaren Aufrüstung, auch in unmittelbarer Nähe der Lingese-Talsperre eine Abschussbasis für Atomraketen errichtet werden. Die Verwirklichung dieses Vorhabens würde bedeuten, daß dieses wichtige Erholungsgebiet des Bergischen Landes, der Jugend nicht mehr zugänglich wäre. Darüberhinaus aber würde die Bevölkerung dieses Gebietes einer unverantwortlichen Gefährdung ausgesetzt! Vor allem aber muß Bedacht werden, daß diese Raketenbasis an der Lingese-Talsperre in der Konsequenz, für den Fall eines atomaren Konfliktes errichtet wird. Es kann keinen Zweifel geben, daß dann dieses Gebiet auch Ziel des atomaren Gegenschlages würde und somit dieses landschaftlich schöne Erholungszentrum in weitem Umkreis in eine Atomwüste verwandelt würde.

Es ist bekannt, daß diese Militärprojekte, deren Gefährlichkeit für ihre Umgebung unermesslich ist, Riesensummen verschlingen, für die es durchaus eine sinnvollere Verwendung gäbe.

Gerade in Anbetracht der Tatsache, daß ärztliche Reihenuntersuchungen unter Schülern und Lehrlingen, jungen Arbeitern und Angestellten seit Jahren immer wieder den erschreckend schlechten Gesundheitszustand der Jugend unter Beweis stellen, ist die U-qualidierung eines Erholungsgebietes, von der Bedeutung der Lingese-Talsperre unverantwortlich.

Dabei wäre es ohne weiteres möglich, mit einem Bruchteil der für die Militärprojekte veranschlagten Gelder, die Lingese-Talsperre im Interesse einer gesund aufwachsenden Jugend weiter auszubauen.

Demum protestieren wir gegen diese vom Verteidigungsministerium geplante Errichtung einer Raketenbasis und fordern stattdessen, die Errichtung von Erholungsheimen, von weiteren Campingplätzen und Sportanlagen in diesem Erholungszentrum.

An die
Fraktionen im Landtag des Landes Nordrhein / Westfalen
Düsseldorf

Durch Presseberichte wurde bekannt, daß das Bundesverteidigungsministerium beabsichtigt, im Bergischen Land, in unmittelbarer Nähe der Lingese-Talsperre Raketenbasen zu errichten.

Die Lingese-Talsperre hat bis zu diesem Zeitpunkt zehntausenden junger Menschen aus dem Ruhrgebiet als Erholungszentrum gedient. Die Stationierung von Raketen würde aber das Gebiet um die Lingese-Talsperre zu einem militärischen Sperrgebiet machen. Aus diesem Grunde ergreift an die Fraktionen im Landtag die Bitte, nachstehende Vorschläge zu unterstützen.

Der Landtag möge beschließen:

- 1) Das Gebiet der im Bergischen Land, im Kreis Gummersbach gelegenen Lingese-Talsperre wird zum Erholungszentrum der Jugend erklärt und durch Anlage von Erholungsheimen, Campingplätzen und Sportstätten ausgestaltet.
- 2) Die beabsichtigte Errichtung einer Raketenabschussanlage im Kreis Gummersbach wird abgelehnt und die Landesregierung beauftragt, im Verteidigungsministerium vorstellig zu werden, damit derartige Pläne fallengelassen werden.

Aktionsausschuß der Jugend
aus Hütten und Schächten
gegen den Atomtod

I. A. Hilpert, Jürgen Jost

Begründung zu diesen Vorschlägen unterzeichnet

Ich schließe mich diesen Vorschlägen an

Name	Vorname	Wohort	Straße

Nkrumah:

Wir sehen vorwärts!

DER KONGRESSDIENST berichtete in Nr. 3/1960 von der „Positive Action Conference for Peace and Security in Africa“, die vom 7. bis 10. April 1960 in Accra, Ghana, stattfand. Durch die großzügige Vermittlung der Botschaft von Ghana, der wir auch hier unseren Dank aussprechen, können wir unseren Lesern jetzt den Text der Eröffnungsansprache im Auszug mitteilen, die der damalige Premierminister und jetzige Präsident von Ghana, Dr. Kwame Nkrumah, auf dieser Konferenz hielt.

Der Beginn des Jahres 1960 hat den Höhepunkt ruchloser und konzentrierter Anschläge auf die friedliebenden Menschen unseres Kontinentes gesehen. Die Explosion einer Atombombe in der Sahara durch die französische Regierung und das entsetzliche Massaker vor vierzehn Tagen in der Südafrikanischen Union, in dem unsere Brüder und Schwestern umgebracht wurden, die eine friedliche Demonstration unternahmen, zeigen diesen Höhepunkt an — einen Höhepunkt, der zugleich das erste Anzeichen dafür ist, daß die Fremdherrschaft über Afrika zu Ende gehen wird.

Trotz aller Proteste des ganzen afrikanischen Kontinents und der Vollversammlung der Vereinten Nationen ließ die französische Regierung die Atombombe auf unserer Erde zur Explosion bringen. Als Ergebnis dieser herausfordernden und inhumanen Unternehmung sperrte die Regierung von Ghana sofort alle französischen Gut-

haben andere afrikanische Staatsmänner und Regierungen ergriffen weitere entscheidende Schritte gegen die Regierung Frankreichs. Ich hoffe, daß unsere Handlungen und Proteste die französische Regierung davon abhalten werden, weitere Atombomben auf unserem Kontinent explodieren zu lassen.

Zwei Damokles-Schwerter hängen drohend über unserem Kontinent, die wir beseitigen müssen: Die Atomversuche in der Sahara und die Apartheid-Politik der südafrikanischen Regierung. Es wäre ein schwerer Fehler, zu glauben, daß mit der Erreichung der staatlichen Unabhängigkeit gewisser afrikanischer Gebiete alle Probleme gelöst seien. Nein, die Probleme beginnen jetzt erst. Wir müssen die verschiedenartigen Formen des neuen Imperialismus erkennen, der uns jetzt bedroht. Unter ihnen müssen wir zunächst den nuklearen Imperialismus erwähnen, der an jenem tragischen Tag auf Afrika herab-

fiel, als die Sahara-Bombe explodierte. Der Wind trug die Wolken des giftigen Staubs in zahlreiche Teile Afrikas, darunter auch Ghana, entgegen den zuversichtlichen Voraussagen sogenannter meteorologischer Experten aus Frankreich. Besonders die genetischen Folgen dieser Atomversuche sind äußerst gefährlich.

Der französische Versuch hatte zur Folge, daß die Radioaktivität beträchtlich anstieg. Englische, kanadische und französische Wissenschaftler haben hier in Ghana Beweise für diese These gesammelt.

Mitafrikaner — wegen dieser gefährlichen Folge der Atomversuche werden wir niemandem erlauben, uns Sand in die Augen zu streuen. Ich möchte betonen, daß fünf hervorragende Naturwissenschaftler — drei Japaner, ein Amerikaner, ein Franzose, darunter zwei Nobelpreis-Gewinner — bekanntgegeben haben, daß mehr als eine Million Menschen als Folge der Atomversuche sterben müssen. Unter anderem stellten sie auch fest, daß die „einfache Berechnung“ ergäbe, daß die radioaktive Ausschüttung jeder „Superbombe“ die Geburt von 15 000 anomalen Kindern zur Folge hat.

Wie könnten wir in Anbetracht dieser Dinge schweigen? Wir müssen alle mit einer Stimme laut und energisch dagegen protestieren, daß es noch zu weiteren Atomversuchen in der Sahara kommt.

Es wird berichtet, daß General de Gaulle gesagt habe, Frankreich müßte seine eigenen Atomwaffen haben, da auch andere Nationen genug Atomwaffen haben, um die ganze Welt zu zerstören. Ich möchte hier ausdrücklich sagen — und ich nehme Ihrer aller Einverständnis an —, daß Afrika an einer solchen „Verteidigung“ nicht interessiert ist, die nichts weiter bedeutet als die Möglichkeit, sich an der Ehre der Zerstörung der gesamten Menschheit zu beteiligen. Wir in Afrika wollen leben und unsere Länder entwickeln. Wir befreien uns nicht heute von jahrhundertaltem Kolonialismus und Imperialismus zu dem einzigen Zweck, durch Atomwaffen vollständig ausgerottet zu werden. Wir vertrauen auf das erwachende Gewissen der Menschheit, das diese primitive Barbarei verwirft, und wir glauben fest an die Kraft gewaltloser positiver Aktionen gegen solche Vorhaben.

Das Hauptprinzip, von dem Frieden und Sicherheit dieses Kontinents abhängt, ist die feste Überzeugung, daß Afrika nicht nur ein Anhängsel Europas oder eines anderen Kontinents ist. Eine Folge dieser Einstellung ist unsere Entschlossenheit, Afrika nicht zum Vorort des Kalten Krieges oder zum Aufmarschfeld für einen Angriff auf den Westen oder den Osten oder zur Arena werden zu lassen, in der der Ost-West-Gegensatz ausgefochten wird.

Wir sehen weder nach Osten noch nach Westen: wir sehen vorwärts!

Fortsetzung von Seite 7

ebenfalls abgelehnt. Gerade diese Tatsache aber kann so deutlich wie nichts anderes zeigen, daß es sich eben nur um Vorwände handelte. Am erschreckendsten ist in dieser zweiten Ablehnung jedoch der Abschnitt, in dem der Oberkreisdirektor die Berechtigung des Vorhabens, gegen die Errichtung von Raketenbasen zu protestieren, dadurch zu entkräften versucht, daß er schreibt: „In Wirklichkeit ist jedoch die Errichtung einer Nike-Fla-Batterie vorgesehen.“ Auch eine solche Nike-Fla-Batterie ist ja eine Raketenabschubbasis: Im Falle eines atomaren Konfliktes — und für diesen Zweck wird sie ja errichtet — wird sie automatisch zu einem Magneten für einen atomaren Gegen-schlag. Darüber hinaus muß man sich vergegenwärtigen, daß die Reichweite der Nike-Fla-Geschosse höchstens 60 Kilometer beträgt. Es kann sich also jeder ausrechnen, in welchem Bereich ihre atomaren Sprengköpfe ihre Ver-seuchung und Verheerung anrichten würden. Ob die Herren, die die Lingese-Talsperre zum Sperrgebiet machen wollen, das wirklich nicht selber wissen? Oder aus welchen Gründen betreiben sie solche Volksverdummung? Tatsache ist, daß sie von panischer Angst vor Protestaktionen in diesem Gebiet erfaßt sind — selbst schon vor der Aufklärung der Bevölkerung.

Denn dies und nichts anderes hat den Oberkreisdirektor dazu bewogen, dem Aktionsausschuß Veranstaltungen nicht nur an der Lingese-Talsperre, sondern darüber hinaus im ganzen Oberbergischen Kreis (!) zu verbieten.

Der Aktionsausschuß wird sich aber nicht davon abhalten lassen, die Unterschriftenaktion in ganz Nordrhein-Westfalen mit aller Energie voranzutreiben. Er baut dabei fest auf die Mitarbeit aller Gegner der atomaren Aufrüstung. Nur das kann die richtige Antwort auf die hier geschilderten Schikanen der zuständigen Behörden sein. Die immer weiter fortschreitende atomare Bewaffnung der Bundeswehr läßt das Schreckgespenst des atomaren Krieges immer deutlicher werden. Angesichts dieser Situation ist auch der letzte aufgerufen, sich dafür einzusetzen, daß dieser drohenden Entwicklung Einhalt geboten wird!

jü-

Unterschriftenlisten können bei dem Vorsitzenden des „Aktionsausschusses der Jugend aus Hütten und Schächten gegen den Atomtod“, Wolfgang J. Zier, Gevelsberg (Westf.), Postfach 108, angefordert werden.

D. Red.

Auch Dänemark protestiert

von Carl Scharnberg, Odense, Dänemark

Die Atomstation auf Risø hat gerade einen Bericht über den radioaktiven Niederschlag in Dänemark veröffentlicht. Die Radioaktivität im Gras sei auf das Vierfache angestiegen, heißt es darin. Man müßte deswegen auf die radioaktive Verseuchung des Roggens achten, schrieb die Tagespresse, denn Schwarzbrot ist eines der dänischen Hauptnahrungsmittel...

Dänemark hat sowohl Nike-Raketen wie auch Honest-John-Raketen (die man unbemerkt als „Futterstoff“ ins Land zu schmuggeln versuchte — eine Aktionsgruppe entdeckte dieses Vorhaben durch eine 36stündige Demonstration im Hafen von Aarhus). Für diese Raketen haben die dänischen Militärs in der letzten Zeit Atomsprengeköpfe gefordert, da sie sonst keinerlei militärischen Nutzen hätten.

Diese beiden Dinge haben zusammen mit der bekannten Tatsache, daß der Gehalt von Strontium-90 in den Knochen der Kinder immer mehr anwächst, eine starke Protestbewegung gegen Atomwaffen in Dänemark hervorgerufen. Der Leiter der erwähnten Hafens-Aktionsgruppe, Hochschullehrer Carl Scharnberg, hat nach seiner Rückkehr vom diesjährigen Aldermaston-Marsch darauf hingearbeitet, in der Zeit vom 21.—23. Oktober dieses Jahres einen Protestmarsch von Holbaek nach Kopenhagen (70 km) durchzuführen. Offiziell startete diese Kampagne gegen Atomwaffen zwar erst Mitte August, aber bereits vor diesem Zeitpunkt hatten sich etwa 300 Jugendliche zur Teilnahme am Protestmarsch gemeldet, der von den bekanntesten Professoren und Dichtern sowie von den Gewerkschaften unterstützt wird.

Der Marsch soll eine Antwort auf die Forderungen der Generale sein, und einige Jugendliche traten mit einem Artikel an die Öffentlichkeit, in dem es heißt: „Wir sind jung. Wir wollen selbst einmal Kinder haben. Wir fragen: Gibt es eine Idee, die so groß ist, daß man deshalb die Erlaubnis hat, die ganze Menschheit zu vergiften? Zehntausende von Wissenschaftlern haben gewarnt. Es ist ein Verbrechen, nicht auf sie zu hören. Gerade weil wir Demokraten sind, haben wir die Pflicht zu reagieren. Wir wissen, daß der radioaktive Niederschlag nicht nach Landesgrenzen fragt, nicht nach politischer Regierungsform. Wir wissen, daß es kein Verteidigungsmittel gegen Wasserstoffbomben gibt, und wir wollen nicht, daß die Passivität unsere Zukunft bestimmen soll. Darum marschieren wir. Wasserstoffbomben sind jeden Tag in der Luft. Wir alle haben Strontium-90 in uns. Auch Deine Kinder! Wir wollen uns damit nicht abfinden — und Du?“

Delegationen aus England, Norwegen und Schweden haben sich bereits zur Teilnahme an dem dänischen Marsch angemeldet. In Dänemark hofft man, daß auch eine deutsche Delegation daran teilnehmen wird, um die Solidari-

tät in der gemeinsamen Arbeit auszu-drücken.

In den Städten, durch die der Marsch kommt, werden Kundgebungen und Veranstaltungen durchgeführt und eine Fotoausstellung von Hiroshima gezeigt werden. Zu dieser Ausstellung gehört auch eine Tafel mit dem Zitat aus einem bisher nicht veröffentlichten Bericht der Leitung der dänischen Zivilverteidigung: „Das sicherste Mittel gegen einen Atomangriff ist: nicht dort zu sein, wo der Angriff stattfindet!“ Die Tagespresse hat bereits sehr umfassend über die Vorbereitung des Marsches berichtet, und das sozialdemokratische Regierungsblatt brachte kürzlich ein halbseitiges Interview mit dem Initiator des Marsches. Einer der

Gründe für diese Publizität ist vielleicht die Tatsache, daß sich bereits eine so große Anzahl Jugendlicher aus allen Kreisen gemeldet hat, so daß der Erfolg des Marsches damit schon gesichert ist.

Aber — eine deutsche Delegation würde unserer Arbeit eine noch größere Perspektive geben.

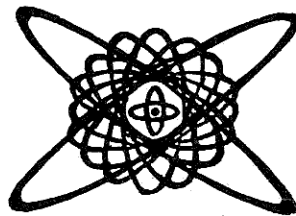
Interessenten für die Teilnahme an diesem Marsch, den der STÄNDIGE KONGRESS auf das wärmste begrüßt, wollen sich bitte mit unserer Geschäftsstelle (Hamburg 19, Eichenstr. 46 ptr. 1., Tel. 49 22 26) so bald wie möglich in Verbindung setzen.

D. Red.



KAMPAGNEN MOD ATOMVÅBEN

Støt marchen
HOLBÆK
KØBENHAVN
d. 21-22-23 oktober



LABOUR PARTY gegen Atomwaffen

Brief aus England

Der britische Unterhausabgeordnete **Konni Zilliacus** ist den Lesern des KONGRESSDIENSTES kein Unbekannter mehr. Der Brief, den er dem Redakteur vor kurzem schrieb, erschien uns so wichtig, daß wir ihn nachfolgend unseren Lesern in Gänze zur Kenntnis bringen wollen.

D. Red.

Lieber Herr Meier,

ich schicke Ihnen beiliegend eine Broschüre zur Diskussion, die die britische Bewegung gegen Atomrüstung kürzlich herausgebracht hat und die sich mit den Atomwaffen der NATO und den Raketenbasen der Vereinigten Staaten beschäftigt. Sie erscheint mir wichtig wegen der Situation, die sich nach der Jahresversammlung der Labour Party (3.—7. Oktober 1960) vorfinden wird: Es ist jetzt schon so sicher, wie nur irgendetwas auf politischem Gebiet sicher sein kann, daß es auf dieser Konferenz eine solide Mehrheit geben wird, die die Strategie der „nuklearen Abschreckung“ ablehnen, d. h. also die Auflösung der amerikanischen Stützpunkte und den Verzicht auf Kernwaffen fordern wird. 2 900 000 Stimmen der Gewerkschaften und 700 000 Stimmen der Bezirksorganisationen der Labour Party stehen für diese Linie bereits jetzt fest gegen lediglich 1 800 000 Gewerkschafts- und 300 000 Parteibezirks-Stimmen für die letzte Version der Linie des Parteivorstandes (für „nukleare Abschreckung“ und Beibehaltung der USA-Stützpunkte). Etwa 750 000 Stimmen bleiben daneben noch unsicher — aber selbst wenn sie alle die Politik des Parteivorstandes unterstützen sollten, was natürlich nicht der Fall sein wird, würde immer noch eine beträchtliche Mehrheit für die Gegner der Abschreckungstheorie übrigbleiben.

Nach und nach ist die rechte Parteiführung gezwungen worden, die Hoffnung aufzugeben,

1. daß ihre letzte Version der Verteidigungspolitik die Zustimmung der Atomrüstungsgegner finden würde, da sie ja doch bereits berücksichtigt, daß Großbritannien niemals eine ernsthafte Atommacht werden könnte neben den USA und der Sowjetunion;
2. daß einer der rechten Gewerkschaftsführer ein Mandat für die Jahreskonferenz erhalten und dort dann doch für die offizielle Politik stimmen könnte;
3. daß die Masse der Delegierten dumm genug sein würde, um für beide Resolutionen — die gegen die Abschreckungstheorie und die, die die Politik des Parteivorstandes im ganzen billigt — zu stimmen;
4. daß die Unterhausfraktion der Partei sich für von den Beschlüssen der Jahreskonferenz unabhängig erklären und trotz des Konferenzergebnisses die Abschreckungspolitik weiterführen würde.

Das Ergebnis wird sicherlich der Abgang Gaitskells sein und eine Schwengung der ganzen Partei nach links. Aber der eigentliche Spaß wird erst nach der Konferenz beginnen, wenn wir diese neue Linie im Parlament und draußen im Land verteidigen müssen!

Die beiliegende Broschüre will dafür geistiges Rüstzeug schaffen helfen. Ich halte den letzten Abschnitt für besonders wichtig, weil in ihm zum ersten Male der Versuch gemacht wird, zu zeigen, warum und wieso die Absage an Kernwaffen und amerikanische Raketenbasen weder Isolationismus noch Pazifismus bedeutet, sondern die aktive Durchführung der Charta der Vereinten Nationen, und daß wir dadurch eine Führerrolle auf dem Weg zum Frieden einnehmen würden, daß wir mit einer solchen Politik die Waffe in die Hand bekämen, die USA und die Sowjetunion zu Verhandlungen über unsere Vorschläge hinsichtlich Abrüstung, Disengagement, Regelung

„Die Anatomie einer Heiligen Kuh“ — die Broschüre, auf die Konnie Zilliacus in seinem Brief Bezug nimmt

anatomy
of a
sacred
COW



by Konni Zilliacus MP

politischer Streitfragen und Zusammenarbeit zwischen Ost und West innerhalb der Vereinten Nationen zu zwingen.

Aus guten Gründen habe ich Ihnen auch noch die Manuskripte meiner Unterhausreden vom 1. März und 20. Juli beigelegt. Die erste Rede legt unsere Gegenargumente gegen die „nukleare Abschreckung“ dar, während die zweite das ausspricht, was sonst geflüstertlich verschwiegen wird: daß die Umschwenkung auf „mehr konventionelle Waffen statt Atomwaffen“ einen noch größeren Verteidigungsetat, Rückkehr zur Wehrpflicht und die Aufopferung britischer Wehrpflichtiger als Kanonenfutter des Pentagons bedeuten würde. Ich würde jeden Kommentar besonders begrüßen, der sich damit auseinandersetzt, welche Folgen es in Deutschland haben würde, wenn

1. die Labour Party den oben entwickelten Standpunkt einnimmt,
2. diese Politik eines Tages offizielle britische Regierungspolitik werden würde.

Mit allen guten Wünschen bin ich
Ihr ergebener

K. Zilliacus, M. P.

Stufenweise Abrüstung

Der „Weltfriedensrat“ hat zu einer Weltkonferenz aller Völker und Staaten aufgerufen, auf der die Wege und Maßnahmen einer stufenweisen Abrüstung erörtert werden sollen. Da dieser Vorschlag in Ost und West starkes Interesse gefunden hat, geben wir nachfolgend den Text dieses Aufrufes wieder.

Die Völker der ganzen Welt, die heute ständig vom Ausbruch eines nuklearen Krieges bedroht werden, können das Scheitern internationaler Verhandlungen nicht hinnehmen.

Die Abrüstung ist unumgänglich notwendig, um die Menschheit zu retten und die friedliche Koexistenz zu sichern.

Die Völker müssen die Abrüstung fordern. Sie haben die Macht, sie durchzusetzen; das haben die jüngsten Erfolge der Massenaktionen bewiesen. Wir fordern die Einberufung einer Weltkonferenz, an der alle Staaten, ob Mitglieder oder Nicht-Mitglieder der Organisation der Vereinten Nationen, teilnehmen können, um die allgemeine und kontrollierte Abrüstung in aufeinanderfolgenden Etappen zu verwirklichen. Wir sind der Ansicht, daß zur Beseitigung der unmittelbaren Gefahr

die erste Etappe ein Verbot der Beförderungsmittel von Atomwaffen und die Auflassung ausländischer Militärstützpunkte einschließen soll.

Wir fordern alle Regierungen auf, ihre Bereitschaft zur Teilnahme an einer solchen Konferenz zu erklären und ihren Willen bekanntzugeben, konkrete Ergebnisse zu erreichen.

Wir fordern alle Regierungen auf, schon jetzt günstige Bedingungen für die Abhaltung einer solchen Konferenz zu schaffen. Dabei müssen sie alles vermeiden, was zur Verschärfung des Kalten Krieges führen könnte, auf die Kernwaffenversuche verzichten und die Souveränität und Unabhängigkeit der anderen Staaten achten.

Wir rufen die Menschen der ganzen Welt auf, diese Forderung zu unterstützen.

Büro des Weltfriedensrates
Stockholm, 11. Juli 1960

SPD gegen atomare Aufrüstung

Nach der letzten außenpolitischen Bundestagsdebatte gab es im Kreise der Befürworter von Atomwaffen bereits die Parole, die SPD werde sich nunmehr auch zur Billigung der westdeutschen Atomrüstung bereitfinden. Daß diese Gerüchte derzeit nicht zutreffen, geht aus dem folgenden Brief des Bundestagsabgeordneten Walter Menzel, Vorsitzenden des Ausschusses „Kampf dem Atomtod“, hervor.

Zu Presse- und Agenturmeldungen, ein Sprecher des Parteivorstandes der SPD habe erklärt, daß die Aktion „Kampf dem Atomtod“ nicht von der Sozialdemokratischen Partei veranlaßt worden sei:

Auf unsere Rückfrage bestreitet der zitierte Sprecher nachdrücklich, daß eine Äußerung in der erwähnten Formulierung gefallen sei. Die Haltung der SPD zur Politik der Atomrüstung hat sich, wie maßgebliche Mitglieder des Parteivorstandes heute mitteilen, nicht geändert. Dies wurde gerade wieder durch Äußerungen des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und Präsidialmitglieds des Parteivorstandes Fritz Erler erhärtet, der in der außenpolitischen Debatte des Bundestages am 30. Juni d. J. sich auf die ablehnende Haltung der skandinavischen Staaten hinsichtlich ihrer eigenen ato-

marem Rüstung berufen hat.

Um aus den Pressemitteilungen entstehenden Mißverständnissen vorzubeugen, bringen wir in Erinnerung, daß die SPD unter dem Eindruck der Ereignisse im Frühjahr 1958 zur Bildung der Bewegung „Kampf dem Atomtod“ aufgerufen hat. Daraufhin kam es zur Gründung des überparteilichen und interkonfessionellen Ausschusses „Kampf dem Atomtod“, der heute in der gleichen Zusammensetzung arbeitet wie 1958 und auch von den gleichen Kräften getragen wird wie zur Zeit seiner Entstehung. Die Sozialdemokratische Partei steht auch weiterhin zu den Zielen des Ausschusses „Kampf dem Atomtod“.

Bad Godesberg, den 5. Juli 1960

Dr. Walter Menzel, MdB
Vorsitzender des Ausschusses
„Kampf dem Atomtod“

Griff nach den Sternen oder nach dem Leben?

Offener Brief an Wernher von Braun

(Perf.) — Genau 12 Tage, nachdem Bundeskanzler Adenauer staubaufwirbelnd per Hubschrauber im Münchener Englischen Garten, dessen Rasen sonst weder Mensch noch Tier betreten dürfen, gelandet war, erlebte München ein zweites absonderliches Spektakulum: die „Welturaufführung“ des

Filmes „Wernher von Braun — Ich greife nach den Sternen“. Dr. Wernher von Braun wurde auf dem Flugplatz Riem im Namen der Bayerischen Staatsregierung von Freiherr Philip von Brandt, Protokollchef der Bayerischen Staatskanzlei, empfangen. Mit Sondergenehmigung und Förde-

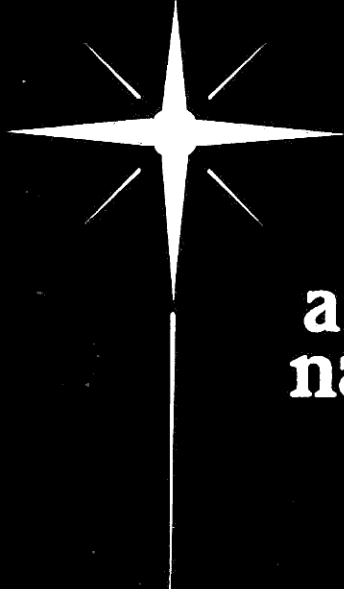
rung der Münchener Stadtverwaltung und der Polizeibehörden stellte die amerikanische Armee am Premierentage gegenüber dem „Mathäuser-Filmpalast“ drei Originalraketen vom Typ Corporal, Honest John und Lacrosse auf; die schweren Raketen wurden von ihren über mehrere hundert Kilometer entfernten Standorten mit Spezialfahrzeugen der US-Army nach München gebracht und von einer Polizeieskorte an ihren Aufstellungsort geleitet. Eine 40 Mann starke amerikanische Militärkapelle musizierte anderthalb Stunden vor Premierbeginn vor dem „Mathäuser-Filmpalast“. Die Bayerstraße wurde während der Anfahrtszeit der etwa 1000 Premierengäste zur Einbahnstraße erklärt und durch eine starke Polizeieskorte mit Schutzgittern abgesichert. Unter den Premierengästen sah man Dutzende von amerikanischen hohen und höchsten Militärs. Die Zuschauer reagierten teils mit Applaus, teils mit „Buh!“-Rufen.

Die Internationale der Kriegsdienstgegner und das Komitee gegen Atomrüstung demonstrierten vor dem Premierentheater. Schweigend hielten die Demonstranten Transparente mit den Aufschriften: „Diese Raketen greifen nicht nach den Sternen, sondern nach dem Leben!“ und „Wollt Ihr den Weltraum erobern oder die Welt?“ Schweigend verteilten sie Flugblätter mit einem Offenen Brief an Wernher von Braun.

Darin heißt es u. a.: „Herr von Braun, keinem Menschen wäre es möglich gewesen, alle Frauen und Kinder, die durch Ihre V-2-Raketen in England getötet wurden, mit eigenen Händen umzubringen. Was wir damit sagen wollen? Sie wußten, daß Ihre Raketenkonstruktionen, damals, als Sie für den braunen Teufel arbeiteten, zur Massentötung bestimmt waren. Gewiß, Sie standen unter einem gnadenlosen Befehl. Und die Todesschreie in London konnten Sie nicht hören. Sie wissen, daß Ihre Raketenkonstruktionen heute, da Sie als Amerikaner für die US-Armee arbeiten, ebenfalls zur Massenausrottung verwendet werden können. Unter welchem Befehl stehen Sie heute? Unter dem Befehl des Gewissens? Können Sie uns sagen, warum Ihnen zu Ehren inmitten unserer Stadt, wo noch vor kurzem in allen Sprachen „Für das Leben der Welt“ gebetet wurde, von der amerikanischen Armee Atomraketen aufgestellt werden? Sind es Ihre Geschöpfe? Werden Sie deswegen gefeiert? Wurde darum Ihr Leben verfilmt? Sie haben, wie man so hört, wissenschaftliche Großtaten vollbracht. Sie haben der amerikanischen Raumfahrt zum ersten „Explorer“ verholfen. Warum stehen aber statt der künstlichen Erdtrabanten Atomraketen in Münchens Straßen, warum? Wir haben Verständnis dafür, wenn ein Mann in seine Arbeit verliebt ist, wenn er, wie Sie sagen, „nach den Sternen greift“, aber — und dies in aller Offenheit und Öffentlichkeit: wenn eine solche Arbeit den grauenhaften Tod von Millionen unschuldiger Menschen mit verursachen kann, dann muß man sie um der Menschlichkeit willen aufgeben! Einer müßte damit anfangen, Herr von Braun, fangen Sie an!“

(aus Deutsche Woche, Nr. 35/1960)

Peace was promised



not
to
armed
nations
but

to men of goodwill

„Frieden wurde den Menschen des guten Willens versprochen — nicht den bewaffneten Nationen!“

(Plakat englischer Quäker)

Christus zerbricht das Gewehr

„Bekennnis zum Frieden“ — Wanderausstellung von Rolf Seeliger

„Gewesenes darf nicht vergessen werden, und ich will mit meinen Blättern in aller Bescheidenheit, aber mit all meiner Kraft dazu beitragen, künftiges Unglück zu verhindern“, schrieb Professor Albert Birkle, der mit Werken christlicher Glasmalerei, aber auch mit zeitkritischen Graphik-Zyklen zu den gegenstandsbetonenden Künstlern zählt, die unsere Welt erkennbar und deutbar machen.

In der Ausstellung „Künstler gegen Atomtod“, die in vielen Städten der Bundesrepublik gezeigt und lebhaft diskutiert wurde, war es Albert Birkles Kohlezeichnung „Schlachtfeld“, die das Grauen des Krieges schonungslos vor Augen stellte. In einer neuen Schau „Bekennnis zum Frieden“, die von Carlo Schellemann zusammengestellt und als Wanderausstellung nach Nürnberg jetzt in Frankfurt und an-

deren Städten Westdeutschlands gezeigt werden soll, ist Albert Birkles „Bergpredigt“ mit dem Christus, der das Gewehr zerbricht, ein graphisches Meisterblatt, das zum Nachdenken anregt (übrigens findet sich in der Ausstellung auch Otto Pankoks Holzschnitt mit dem gleichen Motiv). Hier zwingt der Künstler den Betrachter zu einem entscheidenden Schritt: Jener infernalischen Szene des Krieges, jener künstlerisch gestalteten Anklage, wird eine vorbildliche Aktion des Friedens, eine Aufforderung zum hoffnungsvollen Tun und Denken gegenübergestellt.

Wir sprachen von einem schwierigen Versuch: Die künstlerische Spiegelung offensichtlichen Schreckens, die Erinnerung an Krieg, Chaos und Elend mag den zeitgenössischen Maler und Graphiker vor geringere formale stellen,

als das Bemühen, menschliche Hoffungskräfte zu manifestieren. An den 63 Werken der 32 Künstler aus West und Ost, die sich an der Wanderausstellung beteiligen, ist es deutlich abzulesen. Vieles scheint in der Luft zu hängen: Eine dekorativ gezeichnete Taube ist ein Traum, der vorüberflattert, nicht mehr. Und ein Kind auf dem Arm der Mutter ist noch kein „Bekennnis zum Frieden“, denn was nutzt es, wenn wir im Anblick einer paradiesischen Vorstufe des Menschseins die Frage vergessen, warum aus Kindern Verbrecher werden können?

Dagegen: Zu den wirklich formal und thematisch gelungenen Graphiken zählen die Holzschnitte von Frans Masereel, die der Sehnsucht nach Frieden in plakathafter Wirksamkeit Ausdruck verleihen — zählt die Lithographie „Hinrichtung der Bombe“ von A. Paul Weber — zählt das karikierend zugespitzte Blatt „Man muß rechtzeitig Frieden schaffen“ von Professor Karl Hubbuch — zählen die Lithographien von Dore Meyer-Vax nach Themen aus Brechts Kaukasischem Kreidekreis — und zählen vor allem Carlo Schellemanns allegorische Kompositionen „Die Hoffnung“, „Konfrontation“ und besonders „Dionysos überwindet die Seeräuber“, ein faszinierendes Blatt, auf dem Stahlhelmgesichter und militaristische Requisiten vom hoffnungssproßenden Rankenwerk der Natur überwuchert werden. Eine Reihe von Künstlern aus der DDR sind an der interessanten Schau beteiligt: Fritz Cremer, Professor Fritz Dähn, Hans Theo Richter, Max Schwimmer und Armin Müller mit einem eindrucksvollen Algerien-Zyklus.

Was die Ausstellung über die Begrenzung des Themenkreises hinaus bedeutsam macht, ist die Tatsache, daß sich hier Maler und Graphiker im Gegensatz zur abstrakten Weltflucht einer konsequenten Gegenständlichkeit verschrieben haben. Einige der ausstellenden Künstler — Albert Birkle, Karl Hubbuch, Frans Masereel und Carlo Schellemann — schlossen sich in der neugegründeten Künstlergruppe TENDENZ zusammen, die sich um eine Gestaltung der realen, positiven und negativen Perspektiven der Wirklichkeit bemühen will.



„Hiroshima, mon amour“

Immer wieder wird von interessierten Kreisen versucht, der Kritik an dem manchmal bodenlosen Niveau oder der allzudeutlichen Tendenz gewisser Filme mit dem Argument den Wind aus den Segeln zu nehmen, das Publikum — neckisch „Lieschen Müller“ genannt — wolle es nun einmal nicht anders, und man müsse sich schon aus rein finanziellen Gründen eben nach dem Publikumsgeschmack richten...

Glücklicherweise gibt es hin und wieder Filme, die dem üblichen Heide-, Oberförster- und Kriegshelden-Schema nicht im geringsten entsprechen, sondern die gerade deswegen hohe Kasseneinnahmen einspielen (und damit das fadenscheinige Lieschen-Müller-Argument widerlegen), weil sie den Finger auf offene Wunden und faule Stellen legen. „Wir Wunderkinder“, „Rosen für den Staatsanwalt“ — das sind nur zwei solcher Titel.

„Hiroshima — mon amour“ gehört zu dieser Filmgattung. Wegen einiger (vielleicht wirklich etwas breiter) Liebes- und Bettszenen im Anfang hat es an moralisierenden Angriffen nicht gemangelt; und auch manche derjenigen Kritiken, die den Film als Kunstwerk hoher Qualität einstufen, waren eifrig bemüht, die eigentliche Aussage, den eigentlichen Inhalt dieser Geschichte zweier Liebender zugunsten der Erörterung von Form- und Stilfragen in den Hintergrund treten zu lassen.

Die Aussage dieses Filmes ist sicher manchen Leuten unbequem — denn, so unwahrscheinlich das im Wirtschaftswunderland 1960 auch klingt, dieser Film ist ein eminent politischer Film, ein Film, der trotz seines passiven Ausgangs zum aktiven Handeln aufruft. Die Handlung ist sparsam-knapp: eine junge Französin lernt in Hiroshima, wo sie in einem Antikriegsfilm mitwirkt, einen Japaner kennen; sie verbringen eine Nacht miteinander und gehen nach einem ganzen Tag des Abschiednehmens wieder auseinander. Die eigentliche „Story“ liegt eine Schicht tiefer — sie tritt uns als Gespräch zwischen den beiden Partnern entgegen und gleichzeitig als äußerer Rahmen des Geschehens.

In diesem Gespräch zwischen dem Japaner aus Hiroshima und der jungen Französin aus Nevers, die am Tage der Befreiung von ihren Landsleuten kahlgeschoren wurde, weil sie einen deutschen Soldaten geliebt hatte und neben seiner Leiche gefunden worden war, nachdem er am letzten Kriegstag noch von Partisanen erschossen wurde — in diesem Gespräch wird deutlich, daß das Grauen des Krieges alle Menschen gleich trifft. Der Film setzt das Geschehen von Nevers und das Geschehen von Hiroshima in Parallele: die Zweihunderttausend, die beim Abwurf der Atombombe sterben mußten, sind keine graue Masse, sondern zweihunderttausend Einzelschicksale wie das des Mädchens aus Nevers, und das Schicksal dieser einzelnen ist nicht weniger wichtig als das der Menschen von Hiroshima. DAS IST DER KRIEG: er zerschlägt den

einzelnen genau so wie eine ganze Stadt, ein ganzes Volk, die ganze Menschheit.

Der Krieg hat in Nevers und in Hiroshima grausam zugeschlagen — aber das Leben geht in Frankreich wie in Japan weiter. Überall stoßen wir wieder auf die Spuren der Vergangenheit, aber wir wollen uns nicht mehr erinnern, wir wollen den Schmerz vergessen. Ja, auch das ist der Krieg: haben wir ihn überstanden, versuchen wir die Erinnerung, die in uns lebt, zu töten, zum Schweigen zu bringen — es lebt sich ruhiger, wenn man nicht an Vergangenes und Schreckliches denken muß; man braucht seine Kraft für das Neue und muß das Alte in den Untergrund verdrängen.

Kann man aber wirklich so leben? Kann man seine Vergangenheit überspringen und ohne sie im Heute leben? Der Film zeigt das Nein, das diese Frage beantwortet — beide ge-

hen nach dem langen Abschiednehmen, das sie immer wieder schwankend machte, dahin zurück, wohin sie gehören. Daß dieser Entschluß mehr ist als nur ein Schlußstrich unter eine Liebesaffäre, wird an dem Rahmen deutlich, der zu diesem Abschied mit dazugehört: das gegen den Atommord von 1945 und gegen seine neue Einkalkulierung und Vorbereitung demonstrierende Hiroshima und der Film (einen „Werbefilm für den Frieden“ nennt sie ihn), den die junge Französin dort dreht.

Die Liebesgeschichte hat kein Happy End — sie fliegt zurück nach Europa, er bleibt in Japan. Aber es dreht sich eben nicht nur um diese Liebe, sondern sie steht nur stellvertretend für das, was in ihr und durch sie ausgesagt werden soll — es ist bezeichnend, daß wir die Namen der beiden Liebenden gar nicht erfahren. Das will der Film sagen: So ist der Krieg! Vergiß es nicht!

Sie dreht einen Film für den Frieden, Hiroshima demonstriert — UND WAS TUST DU?

pe—

„Arbeitsgemeinschaft anthroposophischer Ärzte“:

Hiroshima ruft das Gewissen!

Die Äußerungen mancher Fachgelehrten in jüngster Zeit und von Menschen, die die Ereignisse von Hiroshima und Nagasaki miterlebt haben, sprechen eine Sprache, die an das Weltgewissen rühren muß. Ihre Empörung kam aus echtem Menschentum. Aber es ist für unser Zeitalter charakteristisch geworden, daß Ereignisse, die uns einmal mächtig berührt haben, bald wieder vergessen werden. Wir müssen historisches Gewissen entwickeln. Sonst werden wir von Ereignissen beherrscht, die wir beherrschen müßten. Die atomaren Kraftwirkungen rühren an die Grundsetze und Lebensbedingungen des aus Leib, Seele und Geist aufgebauten Menschenwesens, mit seinem Wohnplatz, dem Erdenorganismus. Können die Regierungen von Ländern, die sich die Freiheit des Menschen und der Völker als ihr Ziel gesteckt haben, eine solche Verantwortung übernehmen? Dürfen sie unzählige Menschen in Krankheiten hineintreiben, die Ärzte nicht mehr zu heilen vermögen? Auf Grund unseres heutigen Wissens und als Konsequenz unseres Verantwortungsbewußtseins als Ärzte empfehlen wir zur Heilung der schon weit fortgeschrittenen Ubelstände:

1. Die Atomforschung müßte aus den Machtbereichen politischer Zwecke befreit werden. — Die Forschung ist ein Teil des Geisteslebens und dessen Verselbständigung und Befreiung aus staatlicher oder wirtschaftlicher Bindung ist die Aufgabe unseres Jahrhunderts. Nur der Freie kann verantwortlich handeln; nur freie Forscher können eine moralische Verantwortung übernehmen, um ihre Erkenntnisse nicht der Vernichtung, sondern dem Fortschritt der Menschheit dienlich zu machen.

2. Da dieses Ziel nur allmählich erreicht werden kann, stimmen wir mit denen überein, die zu einer Konvention der führenden Staaten raten mit dem Inhalt, daß sie im Interesse aller künftigen Entwicklung auf Erden

atomare Waffen prinzipiell nicht verwenden. Eine solche Konvention ist möglich. Nach dem ersten Weltkrieg, in dem Giftgase Verwendung fanden, hat man es doch dazu gebracht, daß die Kriegführenden im zweiten Weltkrieg im gegenseitigen Einverständnis keine Giftgase und keine Bakterien als Waffen gebrauchten, obwohl alles dazu bereit war, auch diese Zerstörungskräfte einzusetzen. Die Atombomben über Japan waren eine Unternehmung, die nie mehr wiederholt werden darf! Dazu fordern wir alle Verantwortlichen der Welt auf!

3. Wir stellen schließlich die Frage, ob sich nicht neue, andere Energiequellen erschließen lassen sollten anstelle der Kernspaltung. Es ist z. B. die täglich eingestrahlte Sonnenenergie unvergleichlich gewaltiger als die Atomenergie. Die immer größere Ausbeutung atomarer Energiequellen muß in 20—30 Jahren zu einer unübersehbaren radioaktiven Verseuchung der Erde und zu nicht mehr zu bewältigenden radioaktiven Abfällen führen — abgesehen von der keineswegs überschaubaren Lebens- und Keimschädigung der direkt damit verbundenen Menschen. Der Sinn für Qualitäten kann jedem Menschen zeigen, daß man sich beim Gewinnen der Sonnenenergie in einem „menschensfreundlicheren“ Gebiet bewegt. Eine, dem geistigen und materiellen Einsatz der Atomforschung ebenbürtige Erforschung der Sonnenenergie könnte wahrscheinlich die Menschheit nicht nur vor Schaden bewahren, sondern ihr auch größeren Gewinn bringen.

Alle, mit den Atomkräften verknüpften und neu auftauchenden Fragen lassen sich — wie jede andere Frage — unter dem Eindruck der Angst nicht befriedigend lösen, sondern nur im Verstehen des Menschen und seiner Aufgabe und im Bewußtsein einer Erdenverantwortung, welche den einzelnen Völkern und Staatengruppen übergeordnet ist.

Auch die Schotten marschierten

Der große Marsch von Aldermaston nach London (siehe KONGRESSDIENST 3/1960) ist nicht die letzte Demonstration der britischen Atomwaffengegner geblieben. Am Sonnabend, dem 7. Mai, veranstalteten die Schotten ihren eigenen Protestmarsch durch die Straßen Glasgows. Verglichen mit Aldermaston, war der Marsch nur „bescheiden“, wie die britische Presse schrieb — 6 km lang, 3000 Teilnehmer —, aber er hatte bereits den doppelten Umfang des vorjährigen erreicht, und die Zehntausende von Straßenpassanten machten aus ihrer Sympathie kein Hehl. Wie Ostern in England, so war es auch bei den Schotten vor allem die Jugend — junge Arbeiter, Schüler, Studenten —, die das Bild des Marsches prägte. Neben ihnen waren es Mitglieder des Unterhauses, der „große, alte Mann“ der schottischen Labour-Party, der 92 Jahre alte R. E. Muirhead, Geistliche in ihrer Amtstracht, Ärzte, Arbeiter, Ingenieure, Lehrer, Wissenschaftler, Bergleute, Dichter und Hausfrauen — kurz, ein repräsentativer Querschnitt durch die gesamte Bevölkerung bekundete hier mit unüberhörbarer Deutlichkeit, daß die Politik der Atomrüstung immer mehr zu einem Anachronismus wird. Der bekannte schottische Pfarrer Clifford Macquire erklärte in der Abschlußkundgebung: „Entweder wir gewinnen diesen Kampf — oder wir müssen sterben. Ich will nicht sterben, und ich will nicht, daß meine Kinder sterben müssen. Und deswegen habe ich mir heute meine Füße für den Frieden müde gelaufen.“

wo—



**Goldene
Worte:**

Der

Tierschutz

ist besser als der Luftschutz,

denn der Tierschutz

ist für alle Tiere da -

der

Luftschutz

nur für die Katz'!

Internationale der Kriegsdienstgegner



„Ausgestorben — zuviel Panzer, zuwenig Hirn!“ — mit Plakaten, die einen Ichtiosaurier und diese Devise zeigten, demonstrierten Mitglieder der IdK in München gegen die Waffenschau der US Army, die in München in Rahmen einer „Deutsch-Amerikanischen Freundschaftswoche“ stattfand.

Ob das im Ernstfall nützt?

Aus Kiel erfahren wir, daß dort zum 6. August 1960, dem 15. Jahrestag der Zerstörung von Hiroshima, an drei Plätzen der Stadt Atommahnwachen errichtet werden sollten.

Die Stadt Kiel verbot diese Mahnwachen jedoch, weil ihre Durchführung „gegen die einschlägigen Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung (StVO) verstoße“. Wenn es in der Bundesrepublik auch immer mehr üblich wird, politisch unbequeme Menschen und Anträge durch formale Entscheidungen zu „erledigen“, ohne dabei auf die sachlichen Fragen auch nur am Rande einzugehen, müssen wir hier doch fragen: Halten Sie die Straßenverkehrsordnung nicht für eine etwas zu billige Waffe, Herr Oberstadtdirektor? Oder sollten die Spötter doch recht haben, die schon jetzt prophezeien, im Falle einer militärischen Auseinandersetzung werde Kiel allen Atomraketen das Überfliegen des Stadtgebietes auf Grund der StVO verbieten?

-er

LESER BRIEFE:

Die englische Stimme ist mißtönend! Seit Kriegsende sind in ganz Deutschland — und auch heute noch — weite Kreise der Bevölkerung unlegbar gegen eine Aufrüstung und für eine friedliche Entwicklung. Wenn heute in der Bundesrepublik Restauration und Aufrüstung fast vollendet sind, so ist dieses infolgedessen doch zumindest gegen den Willen eines sehr großen Teiles der Bevölkerung geschehen.

Wer sind die Urheber dieser Entwicklung? Tatsache ist doch, daß die Aufrüstung der Bundesrepublik u. a. auf Veranlassung und mit Hilfe der Besatzungsmächte — und zwar der westlichen — erfolgt.

Die Presse in den Ländern der Besatzungsmächte hat diese Entwicklung doch unterstützt; so auch der „New Statesman“. Ferner ist die Presse doch mit schuldig an dem hier grassierenden Antibolschewismus.

Wenn dem „New Statesman“ die gegenwärtigen Verhältnisse in der Bundesrepublik nicht gefallen, so ist seine Kritik nicht ehrlich, denn er läßt seine eigene Verantwortung dabei außer acht.

Ist nun aber die Einsicht des „New Statesman“ ernst gemeint und von Dauer? Oder wird es in sein Konzept passen, zu gegebener Zeit wieder für die westdeutsche Aufrüstung Propaganda zu machen?

Hat es einen Sinn, sich in der Arbeit um die Erhaltung des Friedens mit Leuten zusammenzutun, die heute so und morgen so denken und handeln? Ich glaube nicht.

Christian Hermann, Kiel

England:

Steuerstreik der Atomrüstungsgegner Bereits nach den letzten Demonstrationen des „Direct Action Committee against Nuclear Warfare“ war in England der Gedanke geäußert worden, den gewaltlosen Widerstand gegen die Atomrüstungspolitik der britischen Regierung auf einen Steuerstreik auszuweihen. Inzwischen sind diese Überlegungen in die Tat umgesetzt worden. Da ungefähr 30 % des britischen Staatshaushaltes auf den Verteidigungsetat entfallen, werden zahlreiche Engländer ab sofort ein Drittel ihres Steuerbetrages nicht mehr an das Finanzamt abführen, sondern ihn einer gemeinnützigen nationalen oder internationalen Organisation zuführen, deren Ziel die Verständigung zwischen den Nationen ist. Ein „Komitee gegen Steuern für Atomwaffen“ („Committee against Tax for Nuclear Arms“ — CATNA) ist inzwischen errichtet worden, das zu dieser Kampagne aufruft und Vordrucke für die entsprechenden Erklärungen gegenüber den Behörden usw. verteilt. Der KONGRESSDIENST wird seine Leser vom Fortgang dieser auch für Deutschland sehr interessanten Aktion auf dem laufenden halten.

Atomgefahr eint politische Gegner

Vom 3. bis 24. September führt die britische „Bewegung für nukleare Abrüstung“ (Campaign for Nuclear Disarmament — CND) einen Protestmarsch von Edinburgh (Schottland) nach London durch. Zu den Teilnehmern gehören auch Patrick Lort-Phillips und Michael Foot, die sich demnächst in den Nachwahlen zum Unterhaus im Bezirk Ebbw Vale als Kandidaten der Liberalen Partei und der Labour Party gegenüberstellen werden.

(nach: „The Guardian“, 24. 8. 1960)

Europäischer Marsch 1961

Im Anschluß an den nächstjährigen Aldermaston-Marsch soll ein „Europäischer Marsch“ durchgeführt werden, der von April bis September die beinahe 4000 km lange Strecke Stockholm — Helsinki — Moskau — Warschau — Berlin — Brüssel — (Paris) — London bewältigen soll. Die Vorarbeiten für dieses Unternehmen, das von skandinavischen pazifistischen Kreisen getragen wird, haben bereits begonnen. Interessenten können sich schon jetzt an das Vorbereitungskomitee „Swedish Committee for the European March“, Inge Oskarsson, Nimrodsgatan 23, Stockholm NO, oder an folgende Anschriften wenden:

Else Jahnke, Hamburg 33, Rutsweg 8, Francis Jude, Friens House, Euston Rd, London N. W. 1,

Robert Faleny, 51 Chaussée de Vleurgat, Bruxelles 5.

Der KONGRESSDIENST wird auch weiterhin über dieses Projekt berichten.

New Jersey, 7. 6. 1960 (dpa):

Der Atomsprengkopf einer Rakete vom Typ „Bomarc“ ist heute auf dem amerikanischen Luftstützpunkt Mc-Guire explodiert. Die Explosion soll eine radioaktive Ausstrahlung ausgelöst haben. Bisher liegen keine Berichte über Menschenverluste vor. Die Polizei sperrte sofort alle Straßen um den Luftstützpunkt ab und gab für den Staat New Jersey Alarm.

Boston, 9. 8. 1960 (ap):

Eine Atommüll-Explosion wurde im Bostoner Hafen durch einen Brand auf einer Hafenterrasse ausgelöst. Einige riesige Behälter mit Atommüll, die auf hoher See versenkt werden sollten, explodierten und verletzten zwei Feuerwehrleute schwer. (ap)

Am nächsten Tage wurden die Explosion des Atomsprengkopfes und des Atommülls zwar dementiert — man habe nichts explodieren gehört und keinen Atompilz gesehen, hieß es beängstigend naiv in den Agenturmeldungen —, aber immerhin mußte man in New Jersey eine „geringe radioaktive Ausschüttung“ zugeben. Raketenbasen sind schon in Friedenszeiten Gefahrenherde — das hat dieses Ereignis wieder einmal bewiesen.

D. Red.



Diese Zeichnung des bekannten englischen Karikaturisten Vicky, die wir bereits in der Nummer 4/1960 des KONGRESSDIENSTES brachten, erschien zunächst in der britischen Zeitung NEW STATESMAN, der wir für die Abdruckgenehmigung sehr verbunden sind. Durch ein technisches Versehen, für das wir um Entschuldigung bitten, ist dieser Hinweis in der letzten Nummer leider unterblieben.

Dieses ebenso intelligent und geistreich geschriebene wie ernst gemeinte Buch ist für unvoreingenommene Leser eine Informationsquelle über alle technischen und politischen Gegebenheiten im Atomzeitalter. Wer sich über den Stand der atomaren Waffentechnik, die internationalen Vereinbarungen und unterschiedlichen Abrüstungspläne informieren will (und der englischen Sprache mächtig ist), dem kann dieses kleine Buch empfohlen werden. Es gibt eine übersichtliche und objektiv gehaltene Darstellung der eng miteinander verwobenen und dennoch widerstreitenden Probleme der Weltpolitik, insbesondere der drei Atomkräfte bis zum Jahre 1959. Die Vielzahl der aufgeführten Tatsachen gibt jedem Leser die Möglichkeit der eigenen, kritischen Meinungsbildung; er kann, ja er soll sogar beim Durchdenken dieser so dringend klärungsbedürftigen Probleme der nuklearen Aufrüstung eigene Stellung beziehen.

Der Autor hat erkannt und macht uns immer wieder deutlich, daß unklare Vorstellungen, Passivität und Interesslosigkeit des einzelnen wie der Gesamtheit den internationalen Abrüstungsbemühungen gegenüber sowie ein Verkennen der Gefahren eines Atomkrieges sich ebenso gefährlich auswirken müssen wie eine Verniedlichung des Problems oder die „Apathie der Massen“ dieser Vernichtungswaffe gegenüber. Aus diesem Grunde analysiert er alle Abrüstungsvorschläge und politischen Pläne, die zur Vermeidung eines Atomkrieges bisher gemacht worden sind. Durch die Vermittlung reiner Tatsachen wirkt der Verfasser unmerklich auf den Leser ein. Er stellt klar heraus, wie weit jeder Abrüstungsplan annehmbar schien und weshalb schließlich dennoch bisher keine Einigung der Großmächte zustandekam. Er zieht daraus die Folgerung, daß nur eine nach grundlegendem neuem Muster gestaltete Politik und Strategie die internationalen Verhandlungen erfolgreich gestalten kann. Als erste Atomkraft müßte Großbritannien die Initiative zur Atomabrüstung ergreifen und diese Teufelswaffen ver-

nichten. Unter englischer Führung stellt er sich die Gründung eines „Anti-Atom-Clubs“ vor, in welchem England und die ihm freiwillig beigetretenen Länder den Besitz und die Herstellung von Atomwaffen sowie deren Lagerung durch andere Mächte verbieten und auch im Kriegsfall auf die Benutzung von Atomwaffen verzichten.

ra-

Junge Aktion in der „Höhle des Löwen“

Die „Junge Aktion gegen den Atomtod“ — für ein kernwaffenfreies Deutschland — in Hamburg hatte sich mit gleichlautenden Briefen an Konrad Adenauer und Walter Ulbricht gewandt, um die Beantwortung einer Reihe von Fragen und um die Möglichkeit gebeten, in einem persönlichen Gespräch weitere Fragen stellen zu können. Während Bonn sich in Schweigen hüllte, lud Walter Ulbricht eine Delegation der „Jungen Aktion“ nach Berlin ein. In einem Sonderdruck hat die Zeitschrift „Teens und Twens“ (Herausgeber: „Junge Aktion“, erhältlich bei Hermann Prior, Hamburg 19, Methfesselstraße 94) das Protokoll dieses Gespräches veröffentlicht.

Bedauerlicherweise hat es auch nach der Veröffentlichung dieses Sonderdruckes unser Bundeskanzler nicht für nötig gehalten, die Fragen der jungen Hamburger zu beantworten. Peinlich, peinlich, daß sich die „freie Welt“ immer wieder solche Schlappen leistet! Aber Publicity ist nun einmal nicht jedermanns Sache...

Materialhinweise

Der „Aktionsausschuß der Jugend aus Hütten und Schächten gegen den Atomtod“ gibt ein geschickt aufgemachtes „Mitteilungsblatt“ heraus. Wegen Auskunft und Information wende man sich an Wolfgang J. Zier, Gevelsberg (Westfalen), Postfach 108.

Der „Japanische Rat gegen A- und H-Bomben“ (7—12, Shiba-Shimbashi, Minato-ku, Tokio) gibt eine monatliche Zeitschrift „No more Hiroshima!“ heraus, die für Leser, die des Englischen mächtig sind, sehr wertvoll und aufschlußreich ist.

Beim „Japanischen Rat“ ist außerdem eine Broschüre „Fallout“ (ebenefalls in Englisch) erhältlich, die eine Dokumentation über die Schrecken von Hiroshima und Nagasaki und die Atomgefahren enthält, vervollständigt durch sehr eindrucksvolle Photos.

Die Zeitschrift „Atomzeitalter“ soll künftig in erweitertem Umfange in der Europäischen Verlagsanstalt, Frankfurt (Main), erscheinen. Interessanterweise ist Rolf Schroers, über dessen zwielichtige Rolle auf der vorjährigen „Weltkonferenz gegen A- und H-Bomben“ in Hiroshima der KONGRESSDIENST bereits mehrfach berichtete, aus Herausgeberkreis und Redaktion schon vor einigen Monaten ausgeschieden.

Gemeinde Reitscheid im Ostertal

Gegen Abschlußrampen

von Atomraketen

Als die saarländische Presse am 19. 2. 1960 die erschreckende Tatsache meldete, daß auf der Gemarkung Reitscheid im Ostertal Abschlußrampen für Atomraketen errichtet werden sollen, erhob sich ein Sturm des Protestes der Bewohner des Ostertals. In Flugblättern und Versammlungen protestierten die Einwohner von Oberkirchen, Namborn und Reitscheid gegen die beabsichtigte Errichtung der Abschlußrampen.

Der Zentrale Jugendausschuß gegen den Atomtod - Saar führte am 24. 5. 1960 in Reitscheid eine Befragung aller Wahlberechtigten durch. In einer geheimen und freien Abstimmung haben sich die Wahlberechtigten Bürger von Reitscheid mit über 73 % gegen die Errichtung der Abschlußrampen für Atomraketen ausgesprochen.

Dieses Flugblatt verteilte der Jugendausschuß gegen den Atomtod — Saar. Wollen Sie in Ihrem Kreis nicht auch einmal die Möglichkeiten einer solchen Unterschriftenaktion diskutieren?

Hier nun das Ergebnis, das von neutralen Zeugen bestätigt wurde:

Wahlberechtigt	214 Personen
Befragt wurden	197 Personen
Abgegebene Stimmen	169
Ungültige Stimmen	4 2,4 %
Stimmenhaltungen	31 19,2 %

Frage 1: Sind Sie für die Lagerung von Atomwaffen in Deutschland?

wurde mit
9 Ja- und 124 Nein-Stimmen beantwortet.

Frage 2: Sind Sie für die Stationierung von Atomwaffen im Ostertal?

wurde mit
10 Ja- und 124 Nein-Stimmen beantwortet.

Dieses Ergebnis zeigt uns, daß die Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit gegen die verhängnisvolle Atombombenpolitik der Bundesregierung ist.

Unsere Regierung in Saarbrücken muß dieses Ergebnis zur Kenntnis nehmen und noch heute in Bonn gegen die geplante Errichtung der Abschlußrampen protestieren.

**Selbstbestimmung für alle -
Darum keine Abschlußrampen nach Reitscheid!**

Zentraler Jugendausschuß gegen den Atomtod - Saar Dr. OD
Verantwortlich: Günter Franke, St. Ingbert, Rischbachstraße 42

Herausgeber:

Das Präsidium des „Ständigen Kongresses aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.“

Anschrift:

Hamburg 19, Eichenstr. 46, Tel. 49 22 26.
Postcheckkonto: Hamburg 27 30 60
(Hans Schiefbahn - Ständiger Kongreß -)

Büro: Otto Beyer, Stapelfeld; Walter Biermann, Hamburg; Dr. Walter Domke, Hamburg; Prof. Dr. med. Kurt Gröbe, Hamburg; Prof. Dr. Hans Grupe, Lüneburg; Prof. H. Heinemann, Lüneburg; Hans Hentschel, Hamburg; Joachim Hindemith, Münster (Westf.); Dr. Ingeborg Maschmann, Lüneburg; Werner May, Hamburg; Peter Meier, Münster (Westf.); Karl-Ludwig Opitz, Hamburg; Dr. Barbara Rathjens, Hamburg; Ernst von Salomon, Stöckte; Hans Schiefbahn, Hamburg; Erich Wiedemann, Hamburg.

Kommissarischer Sekretär: Peter Meier.
Verantwortlich für den Kongreßdienst: Dr. Barbara Rathjens, Hamburg.

Redaktion: Peter Meier.

Druck: Gerhard Steen, Buchdruckerei, Hamburg.
Der „Kongreßdienst“ ist keine Zeitschrift im Sinne des Gesetzes über Zeitungs- und Zeitschriftenwesen. Er erscheint nach Bedarf und ohne Erhebung fester Abonnementsgebühren.